



Ländlicher Raum

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

Exkursionen der
ASG-Frühjahrstagung

Gerd Billen zur
Verbraucherpolitik

Landreform in Namibia

www.asg-goe.de



60 Jahre ländliche Entwicklung

Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. nimmt ihr 60-jähriges Bestehen zum Anlass für eine ausführliche Standortbestimmung ländlicher Regionen in Deutschland. Wo stehen ländliche Räume heute? Welche Chancen, welche Probleme gibt es? Wie können ländliche Räume am besten Herausforderungen wie etwa dem sich abzeichnenden demografischen Wandel begegnen? Zu diesen Fragen werden in einer Sonderausgabe von „Ländlicher Raum“ namhafte Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft, von Verbänden, Gewerkschaften und Kirchen Stellung nehmen und ihre Sichtweisen darlegen. Eröffnet wird dieses Sonderheft ausgesuchter Beiträge und Interviews mit einem Grußwort von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

ASG

- 2 60 Jahre Agrarsoziale Gesellschaft e.V.: Herbsttagung und Jubiläumsveranstaltung 2007
- Exkursionen der ASG-Frühjahrstagung 2007 in Schleswig:
- 4 - Ländliche Entwicklung in Südtondern (Schleswig-Holstein) und Südjütland (Dänemark)
- 8 - Land- und Ernährungswirtschaft in Südjütland
- 12 - Ländliche Entwicklung in der Schleiregion

Agrarpolitik

- 15 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Wer rastet, der rostet
- 17 Interview mit Gerd Billen: Verbraucher wollen informiert werden

Landwirtschaft

- 21 Wie kann sich der Pflanzenbau auf den Klimawandel einstellen?
- 24 Forum „Lernort Bauernhof“ auf Bundesebene – Aufgaben und Erfolgsaussichten
- 26 Umstellungshindernisse im Gemüsebau

Ländlicher Raum

- 28 Immobilienmakler als Akteure der Entwicklung ländlicher Räume
- 33 Ländlicher Raum profitiert vom Bundeswettbewerb „*Unsere Stadt blüht auf*“
- 36 Landreform in Namibia: schwierige Startbedingungen für Neufarmer
- 39 Der Caprivizipfel in Namibia – Wald, Wild und unberührte Natur

Personalien

- 44 Günther Schartz verstorben
- 44 Brigitte Scherb neue Präsidentin des dlV
- 45 Hans-Thomas Sönnichsen tritt in Ruhestand, Volker Bruns übernimmt
Geschäftsführung der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern
- 45 Dr. Marcus Dahmen wird Vorstandssprecher bei Rentenbank

Für Sie gelesen

- 47 Wer kauft Bio?
- 47 Menschen im Wald
- 48 Naturkalender 2008

Für Sie gesurft

- 48 www.unternehmen-fuer-die-region.de

Herbsttagung und Jubiläumsve

Nahrung und Energie aus der Landwirtschaft

- **Gesellschaftliche Bedürfnisse**
- **Nutzungskonkurrenzen**
- **Perspektiven**
- **Regeln**

Donnerstag, 8. November 2007

13.30 Uhr Mitgliederversammlung mit

- Vorstandswahlen
- Ergänzungswahlen zum Kuratorium

**15.30 Uhr Nahrung und Energie aus der Landwirtschaft –
Perspektiven und Weichenstellungen auf dem Weg in die Zukunft**

N.N.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

**Stand und Perspektiven der Energieerzeugung aus Biomasse
aus Sicht der Pflanzenzüchtung**

Dr. Andreas von FELDE

Leiter Energiepflanzen, KWS Saat AG, Einbeck

Diskussion

19.00 Uhr Gemeinsames Abendessen mit Jubiläumsveranstaltung

- Ehrung Klaus Peter BRUNS, Mitbegründer ASG
- Vergabe Tassilo Tröscher-Preis
- Vorstellung ASG-Sonderheft „60 Jahre ländliche Entwicklung“



Veranstaltung 8./9. November 2007

Freitag, 9. November 2007

Vortragstagung

8.30 Uhr Bioenergie und Landnutzung: Wie landschafts- und naturverträglich ist die Ausweitung der Biomassenutzung?

Dr. Andreas SCHÜTTE

Geschäftsführer, Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR), Gülzow

Stand und Perspektiven der Energieerzeugung aus Biomasse aus Sicht der Energiewirtschaft

Andreas RENNER

Leiter der Steuerungsgruppe Regenerative Energien bei der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe

Bioenergie als Wertschöpfungschance für die Landwirtschaft und die Entwicklung ländlicher Räume

Prof. Dr. Dr. h. c. Alois HEISSENHUBER

Technische Universität München, Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Landbaues

11.00 Uhr Podiums- und Plenumsdiskussion:

Welche nationalen und globalen Regeln erfordert die energetische Nutzung von Biomasse?

Dr. Clemens DIRSCHERL

Beauftragter des Rates der EKD für agrarsoziale Fragen

Prof. Dr. Felix EKARDT

Forschungsstelle für Europäisches Umweltrecht & Bremer Institut für Transnationales Verfassungsrecht

Prof. Dr. Dr. h. c. Alois HEISSENHUBER

Technische Universität München, Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Landbaues

Andreas RENNER

Leiter der Steuerungsgruppe Regenerative Energien bei der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe

Dr. Andreas SCHÜTTE

Geschäftsführer, Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR), Gülzow

Moderation: *Dr. Elke BARANEK*

TU Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG)

Nähere Informationen und Anmeldung bei:

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Postfach 1144, 37001 Göttingen
Fon (0551) 49 709 - 0, Fax (0551) 49 709 - 16
info@asg-goe.de, www.asg-goe.de

Tagungsort:
Clarion Hotel
Kasseler Landstr. 45
37081 Göttingen

Exkursionen der ASG-Frühjahrstagung 2007 in Schleswig:

Ländliche Entwicklung in Südtondern (Schleswig-Holstein) und Südjütland (Dänemark)

Im Mittelpunkt der zweitägigen Exkursion in die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland sowie in die Kommunen Tondern und Apenrade in Süddänemark standen Projekte der ländlichen Entwicklung in einer strukturschwachen, von der deutsch-dänischen Grenzsituation geprägten Region. Die Exkursion wurde begleitet von Johannes Feddersen und Karsten Jensen.

MarktTreff Medelby – gelebte Gemeinschaft im ländlichen Raum

Die 890 Einwohner zählende Ortschaft Medelby liegt 5 km südlich der dänischen Grenze im Kreis Schleswig-Flensburg. Als historisch gewachsenes Mitteldorf (= „Medelby“) verfügt der Ort über eine evangelische Kirche, einen Kindergarten, eine deutsche und eine dänische Grundschule sowie zahlreiche Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe, Ärzte, Bankfilialen und etliche Vereine. Als sich im Sommer 2002 abzeichnete, dass der letzte ortsansässige Kaufmann seinen Laden schließen würde, wurde auf Initiative der Interessengemeinschaft der Selbstständigen (IdS) die Idee eines sog. MarktTreffs (s. a. Ländlicher Raum 02/2005, S. 26ff.) geboren.

Mit Hilfe von vier ortsansässigen Unternehmern, die als Investoren gewonnen werden konnten, sowie öffentlichen Mitteln der Kommune und des Landes, das 50 % der Kosten (rd. 480 000 €) übernahm, konnte das Projekt realisiert werden. Die Gemeinde Medelby stellte das Grundstück zur Verfügung. Auf einer Grundfläche von 350 m² wurde ein Neubau errichtet, der als MarktTreff heute ein Lebensmittelgeschäft, eine Bäckerei, Post- und Lottoannahmestellen, eine Versicherungsagentur sowie eine SB-Tankstelle umfasst. Darüber hinaus bietet der MarktTreff einen mit Computerarbeitsplatz, Internetzugang und Sitzgelegenheiten ausgestatteten Raum, der Privatpersonen und Vereinen für vielfältige Aktivitäten als Treffpunkt zur Verfügung steht. Mittlerweile engagieren sich dort 30 Vereine sowie die dänische Minderheit. Dieter Wolfrum, Vorsitzender des Ortskulturrings, der den Gemeinschaftsraum betreut, freut sich insbesondere darüber, dass viele Kinder den Raum nutzen.

Emil Nolde-Museum – Leuchtturm für die Region

Für die Tourismusedwicklung in der deutsch-dänischen Grenzregion spielt das nahe der dänischen Grenze gelegene Nolde-Museum in Seebüll, Kreis Nordfriesland, eine bedeutende Rolle. Das von Emil Nolde selbst entworfene und gebaute Museum strahlt gleichsam als „Leuchtturm“ und touristischer Anziehungspunkt auch weit über die Region hinaus. Seit 1957 zeigt die „Stiftung Seebüll Ada und Emil Nolde“ jedes Jahr eine neue Ausstellung mit Werken des Malers. Von März bis November ziehen die Kunstwerke jährlich 75 000 - 80 000 Besucher an.

Die Stiftung ist eine privatrechtliche Einrichtung, die ohne Zuschüsse auskommt. Anlässlich Noldes 50. Todestages in diesem Jahr hat die Stiftung ein Projekt entwickelt, um das Museum für Besucher noch attraktiver zu gestalten und die Stiftung für die Region stärker zu öffnen. Mit Hilfe von EU-Fördermitteln konnten wasserwirtschaftliche und naturschutzfachliche Maßnahmen finanziert werden, durch die das Ensemble von Künstlerhaus und Garten in seiner ursprünglichen Einheit wiederhergestellt wurde.



Darüber hinaus entstanden eine Malschule und eine Ausstellung zu Noldes Biographie. Zusätzlich sollen die touristische Infrastruktur und die Anbindung an den ÖPNV bis über die dänische Grenze hinweg nach Tondern und Højer verbessert werden. Unter der Trägerschaft der Stiftung Naturschutz wird jetzt darüber beraten, ob um das Museum herum wieder die „authentische Landschaft“ wie zu Noldes Zeiten geschaffen werden soll.

Der Charlottenhof – vom Vierkanthof zum Kulturzentrum

Der Charlottenhof in der Gemeinde Klanxbüll, Kreis Nordfriesland, ist ein vollständig erhaltener, reetgedeckter Vierkanthof, der seit 1998 als Kultur- und Tagungshaus genutzt wird. Unter der Geschäftsführung von Bärbel Nissen-Schütt werden auf dem Charlottenhof Seminare, Schulungen, Kulturveranstaltungen, Märkte sowie Veranstaltungen für Kinder angeboten, die allesamt zur Belebung und Bereicherung der ländlichen Region beitragen.

Ermöglicht wurde die Umnutzung des Hofes durch das Zusammenwirken der Familie Mannkopff, die den Hof 1980 erwarb und restaurierte, der Gemeinde Klanxbüll, der Bockholdt-Gruppe (Gebäudereinigungsunternehmen aus Lübeck) sowie des Fördervereins „Freunde des Charlottenhofes e. V.“. Die mittlerweile etwa 230 Mitglieder um den Vorsitzenden Uwe Wollesen engagieren sich ehrenamtlich für den Charlottenhof und unterstützen sein kulturelles Angebot. 2006 erhielten der Charlottenhof bzw. die Gemeinde Klanxbüll sowie der Förderverein den im zweijährigen Rhythmus vergebenen Preis der Akademie für die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins.

Rickelsbüller Koog – Koexistenz von Naturschutz und Landwirtschaft

Der Rickelsbüller Koog entstand zwischen 1979 und 1981 durch den Bau des deutsch-dänischen Deichs vor der Tonderner Marsch, nördlich des nach Sylt führenden Hindenburg-Dammes. Er liegt unmittelbar an der deutsch-dänischen Grenze und bildet eine Verlängerung des auf dänischer Seite gelegenen Margarethenkoogs.

Ursprünglich war vorgesehen, das gewonnene Land landwirtschaftlich zu nutzen, was jedoch auf den Widerstand von Naturschützern traf. 1982 wurden der Rickelsbüller und der Margarethenkoog zu Naturschutzgebieten erklärt. Das Naturschutzgebiet Rickelsbüller Koog ersetzt damit das bisherige Schutzgebiet „Vogelfreistätte Wattenmeer östlich Sylt“. Als erster Koog in der Geschichte des Deichbaus in Schleswig-Holstein blieb der zur bäuerlich geprägten Gemeinde Rodenäs gehörende Rickelsbüller

Koog von Beginn an der Natur überlassen. Das Gebiet umfasst 534 ha Feuchtgrünland und beherbergt 40 - 60 verschiedene Vogelarten. Es ist ein wichtiges Brutgebiet für Wiesen- und Seevögel und deutschlandweit der bedeutendste Rastplatz der Kurzschnabelgans. Auch Ringel- und Weißwangengänse treten in großer Anzahl auf.

Betreut wird der Rickelsbüller Koog von der Naturschutzstation Holmer Siel, die eine regelmäßige Bestandserfassung der Tiere und Pflanzen vornimmt, Schutz- und Pflegepläne erstellt und umsetzt, die Wasserstände steuert sowie Kontakte zu Landwirten und Anwohnern hält und die Öffentlichkeitsarbeit für das Naturschutzgebiet übernimmt. Immer wieder kommt es zu Konflikten mit den Landwirten vor Ort, etwa wenn die Gänse auf den Feldern fressen. Zwischen Oktober und Dezember dürfen Nonnengänse auf Ackerflächen geschossen werden, für die übrige Zeit fordern die betroffenen Landwirte Entschädigungszahlungen.



Friedrich-Wilhelm-Lübke Koog – von der Landwirtschaft zur Windkraft

Benannt nach dem damaligen Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins entstand der an der nordfriesischen Nordseeküste gelegene Friedrich-Wilhelm-Lübke Koog mit seiner Eindeichung im Jahr 1954. Der Bau des 8,5 km langen Außendeichs war das größte Deichbauprojekt der Nachkriegszeit in Schleswig-Holstein und markiert gleichzeitig einen Wendepunkt in der Deichgeschichte an der schleswig-holsteinischen Westküste. Zum letzten Mal diente ein Koog ausschließlich der Landgewinnung. Zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Region Anfang der 50er Jahre ermöglichte Ministerpräsident Lübke mit seinem „Programm Nord“ siedlungswilligen Landwirten, sich im neu gewonnenen Koog eine Existenz aufzubauen. Gleichzeitig sollten Vertriebene aus den ehemaligen ostdeutschen Gebieten integriert werden. Nachdem die Landgesellschaft Schleswig-Holstein den Zuschlag für den Bau der Hofstellen bekommen hatte, konnten die ersten Siedler im April 1958 ihre Häuser beziehen. Über 60 Familien, je zur Hälfte Einheimische und Heimatvertriebene, siedelten sich im Lübke-Koog an. Familie Fed-

dersen, deren Betrieb im Rahmen der Exkursion besichtigt wurde, bezog im März 1959 die Siedlerstelle 17 und konzentrierte sich schon früh auf die Schweinehaltung. 1961 richtete Johannes Feddersen in der Scheune den ersten Stall mit 180 Mastplätzen ein. Heute verfügt der Betrieb über 90 ha Ackerland und 600 Schweine.

Sohn Hans-Detlef, der nach landwirtschaftlicher Ausbildung und Studium auf den elterlichen Betrieb kam, widmet allerdings nur noch 20 % seiner Arbeitszeit der Landwirtschaft. Er hat sich ganz der Windkraft verschrieben. Aufgrund ihrer windexponierten Lage traf die Gemeinde eine zukunftsweisende Entscheidung, als sie sich als Standort für den geplanten „Nordfriesland Windpark“, dem zunächst größten Windpark Europas, anbot. Die Betreibergesellschaft des 1990 eröffneten Windparks wurde im Koog angesiedelt und schon nach kurzer Laufzeit erkannten die Koogbewohner die Zeichen der Zeit und machten sich an die Planung eines eigenen Windenergie-Projekts. Im März 1991 gründeten 44 Gesellschafter, darunter die Gemeinde selbst, die „Bürger-Windpark Lübke-Koog GmbH“. Einer der beiden Geschäftsführer wurde Hans-Detlef Feddersen.

Nachdem die Erträge der Windmühlen als Rücklagen angelegt wurden, entwickelten Hans-Detlef Feddersen und Armin Szeimis, der zweite Geschäftsführer des Bürgerwindparks, gemeinsam mit der Gemeinde das Konzept „Repowering“, das den Bürgern nochmals die Chance bot, sich an den Windenergieanlagen zu beteiligen. „Repowering“ sieht den Austausch von kleinen, alten Windenergieanlagen gegen eine geringere Anzahl größerer und leistungsfähigerer Anlagen vor. Im Zuge des „Repowering“ wurde 2002 eine weitere Gesellschaft gegründet, der 162 Anwohner bzw. 90 % der Haushalte aus dem Lübke-Koog als Gesellschafter angehören. Zwischen 2002 und 2004 hat sich die Anzahl der Windenergieanlagen um acht verringert, die maximale Leistung des Parks erhöhte sich dagegen von 18,5 MW auf 40,5 MW. In guten Jahren kann der Bürger-Windpark Energie im Wert von 5 Mio. € produzieren. Dadurch ist die Gemeinde finanziell unabhängig und unterstützt durch Abgaben und Umlagen das Amt Wiedingharde und 137 weitere Gemeinden des Landkreises.



Strukturreform in Dänemark am Beispiel der Kommune Tondern

Der zweite Teil der Exkursion führte über die Grenze nach Dänemark, wo im Rathaus Tondern die dänische Strukturreform vorgestellt wurde (s. a. Ländlicher Raum 03/07, S. 4). Die rund 42 000 Einwohner zählende Kommune Tondern in der Region Süddänemark beschäftigt 4 000 Mitarbeiter und regelt 80 % aller öffentlichen Aufgaben, mit Ausnahme der Bereiche Polizei, Verteidigung, Universitäten und staatliche Kultureinrichtungen. Zu ihren Hauptaufgaben gehören Kinderbetreuung für 0- bis 6-Jährige, Alterspflege (1 100 Angestellte), Sozialhilfe, Jobcenter, Umweltaufgaben und Rettungsdienste.

Kunst und Kunsthandwerk – Regionale Entwicklung am Wattenmeer

Ein Beispiel regionaler Entwicklung in der Kommune Tondern bildet der Verein „Kunst und Kunsthandwerk entlang des Wattenmeeres“, der sich 2002 aus einem Zusammenschluss von 45 Künstlerinnen und Künstlern gegründet hat. Gemeinsam versuchen Kunstschaffende aus den Bereichen Malerei, Keramik, Glas, Textil, Weberei, Grafik, Bildhauerei und Skulptur auf sich und ihre Kunst aufmerksam zu machen. In einer Broschüre und auf ihrer Homepage informieren sie über ihre Arbeit und geben Einblicke in gemeinsame Projekte. Die EU-Förderung durch LEADER+ ermöglicht dem Verein, die Kunstwerke in Veranstaltungen adäquat zu präsentieren. Als Sponsor des Vereins engagiert sich der dänische Schuhfabrikant ecco.

Zwei Mitglieder, die im Verein aktiv sind, sind die Keramikünstlerin Jytte G. Lysgaard, Vorsitzende des Zusammenschlusses, sowie die Weberin Hanne Sønnichsen. Durch gemeinsame Projekte und Veranstaltungen sowie die Gründung weiterer Vereinigungen, z. B. im Bereich „Essen und Kunst“, erreichen die Vereinsmitglieder nicht nur mehr Aufmerksamkeit für ihr eigenes Schaffen, sondern erhöhen auch die Attraktivität der Region.

Ravsted – Bürgerengagement in einer strukturschwachen Region

In Ravsted, das seit der Verwaltungsreform 2007 administrativ zur Kommune Apenrade gehört, leben in 500 Haushalten ca. 1 300 Einwohner auf einer Fläche von 5 000 ha. Ravsted befindet sich in einem strukturschwachen Gebiet, das jedoch eine gute Infrastruktur aufweist. Es gibt Schulen und Einkaufsmöglichkeiten, ein Versammlungshaus sowie einen Sportplatz mit Schwimmbad. Aufgrund einer großen deutschen Minderheit im Ort sind Kindergärten, Schulen und Seniorenheime als deutsche und dänische Einrichtungen vorhanden. Ravsted zeichnet sich außerdem durch einige sehr engagierte Bürger und einen aktiven Bürgerverein aus, die vorhandene Strukturen nutzen und den Ort dadurch attraktiv halten. So werden im Versammlungshaus z. B. Kurse für Jugendliche und Senioren angeboten oder Sponsoren mobilisiert, die den Ausbau der Sportanlagen finanziell unterstützen.

Ein aus LEADER+-Mitteln finanziertes Projekt ist das „Ravsted-Hus“, ein ungenutzter Bauernhof, der heute als Bildungsstätte und Veranstaltungshaus zur Verfügung steht. Dort werden sowohl Kurse in Kunsthandwerk angeboten als auch Fortbildungen für Lehrer im Bereich Erlebnispädagogik abgehalten. Schulklassen verbringen z. T. 2-3 Tage dort, versorgen sich selbst und übernachten auf dem Gelände. Mit dem geplanten Angebot von Familienwochenenden im Ravsted-Hus soll in Zukunft der Tourismus gefördert werden.

OS



Land- und Ernährungswirtschaft in Südjütland

Ziel der Exkursion B, die von Karsten Jensen, LEADER-Manager der Region Tondern, begleitet wurde, waren ökologisch und konventionell wirtschaftende landwirtschaftliche und verarbeitende Betriebe sowie ein Betrieb mit Agrotourismus in Süddänemark.

Ökomolkerei Naturmælk

Eine kleine Gruppe von Landwirten, die unabhängig von den etablierten Genossenschaften ihre ökologisch erzeugte Milch weiterverarbeiten und vermarkten wollten, gründete 1994 Naturmælk A.m.b.a., eine Molkereigenossenschaft mit Sitz in Tinglev. Heute beliefern 34 Genossenschaftsmitglieder, deren Anteilshöhe sich nach der gelieferten Milchmenge richtet, Naturmælk. Knapp 30 Mitarbeiter verarbeiten und vermarkten jährlich rund 28 Mio. l Rohmilch. Mit einem Marktanteil von rund 15 % steht Naturmælk an dritter Stelle der dänischen Öko-Molkereien. 40 % der Waren liefert die Molkerei nach Kopenhagen.

Die Verarbeitung der Milch erfolgt nach traditionellen Produktionsverfahren in Kombination mit neuesten Technologien. Alle Naturmælk-Produkte tragen das dänische Bio-Siegel, womit sie der staatlichen Kontrolle durch das Diktorat für Veterinärwesen, das die Einhaltung der EU-Bestimmungen hinsichtlich der Erzeugung ökologischer Produkte prüft, unterliegen. Naturmælk orientiert sich bezüglich qualitativer Standards allerdings eher an den deutschen Richtlinien, um auf dem deutschen Markt, wo die Produkte bereits in Flensburg und Kiel erhältlich sind, expandieren zu können. Doch nicht nur nach Deutschland, auch nach England wird exportiert: wöchentlich 1 t Butter.

In allen Segmenten hat die Molkerei Spezialitäten entwickelt und setzt vor allem geschmackliche Maßstäbe. Aushängeschild ist die 2006 auf dem Markt eingeführte „Biodynamische Hofmilch“, die neben dem dänischen Bio-Siegel

auch die Kennzeichnung demeter trägt (s. a. Bericht über demeter-Betrieb Lorenzen, S. 11). Sie erhielt kurz nach Markteinführung auf der Verbrauchermesse in Kopenhagen unter 90 vorgestellten Milchprodukten die „Ökologische Goldmedaille 2006“ und wurde vom Culinary Institute in Aalborg unter 40 Molkereiprodukten mit dem „Gourmetpreis 2006“ ausgezeichnet.

Mit betriebseigenen Fahrzeugen beliefert Naturmælk neben Supermärkten und Fachhändlern vor allem Restaurants und Catering-services. Die hohe Qualität der Produkte sichert der Molkereigenossenschaft neben der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit das Vertrauen der Verbraucher und somit hohe Umsatzsteigerungen. So erzielte Naturmælk 2005 trotz fallender Verbraucherpreise ein Umsatzwachstum von knapp 26 %, was laut Analysen der sechsthöchsten Umsatzsteigerung innerhalb der gesamten dänischen Lebensmittelindustrie entsprach.



Vom Ökobetrieb zum konventionellen Landbau

1993 erwarben Ole und Marie Hollænder den auf der Geest liegenden, ökologisch bewirtschafteten Betrieb mit 45 ha Land, 30 Kühen und Nachzucht von Marie Hollænders Eltern in Rødebæk bei Tinglev. Wie in Dänemark üblich, kauften sie den Betrieb zum Marktpreis von den Eltern und diese zogen in ein Haus in der Stadt (s. auch Artikel zur Hofübergabe in Ländlicher Raum 02/07). Der Hof war 1945 von Marie Hollænders Großvater erworben worden – damals als Gastwirtschaft (Krog) mit etwas Landwirtschaft (10 Kühe, Pferde usw.). 1968 kauften Marie Hollænders Eltern den Hof von den Großeltern und legten den Schwerpunkt auf die Landwirtschaft, 1991 stellten sie aufgrund der Nachfrage nach Ökoprodukten und der staatlichen Förderung auf ökologische Bewirtschaftung um.

Nach dem Kauf durch die jetzigen Besitzer wurde Mitte der 90er Jahre eine Reihe von Baumaßnahmen, wie z. B. der Ausbau des

alten Kuhstalls für 60 Kühe und der Bau einer neuen Futterhalle, vorgenommen. 1998 folgte der Bau eines neuen Tiefstreu-Stalls mit Doppelvierer-Fischgrätenmelkstand sowie die Umnutzung der Maschinenhalle als Strohlager. 2003 gab Ole Hollænder die Bewirtschaftung nach den ökologischen Richtlinien auf, u. a. weil er unzufrieden mit den Vorschriften zur Tierhaltung war. Seitdem führt er den Betrieb konventionell weiter, achtet jedoch weiterhin auf eine umweltverträgliche Landwirtschaft. Um den Betrieb zu erweitern, kaufte er zwischen 1995 und 2004 45 ha Land hinzu.

Heute werden 125 Deutsche Schwarzbunte sowie 110 Färsen gehalten. Die Milchleistung liegt bei fast 10 500 kg Energiekorrigierte Milch (EKM) pro Kuh, die Milchquote des Betriebes beträgt 1 018 132 kg bei einem Fettgehalt von 4,19 %. In Kürze möchte Ole Hollænder nochmals 150 000 kg Milchquote hinzukaufen, um den Betrieb zu erweitern, denn 2006 musste er ca. 8 500 € Strafe bezahlen, weil er seine Quote mit 107 % übererfüllt hatte.

Die erste Abkalbung erfolgt auf dem Betrieb nach 26 Monaten, die Bullenkälber werden im Alter von ca. drei Wochen an einen lokalen Bullenzüchter (Dansk Kalv) verkauft. Ihr Marktpreis beträgt zwischen 130 und 180 € pro Kalb.

Auf den 134 ha des Betriebes werden 40 ha Mais, 35 ha Weidegras, 19 ha Braugerste, 7 ha Wintergerste und 14 ha Stärkekartoffeln angebaut. 12 ha sind Grünland und 7 ha liegen brach. Die Ernte von Gras, Mais, Stärkekartoffeln und Stroh wird durch einen Lohnunternehmer erledigt. Auch Gülle und Stallmist werden im Lohn ausgebracht.

Neben Betriebsleiter Ole Hollænder, der ehrenamtlich im Vorstand des Landwirtschaftlichen Hauptvereins für Nordschleswig (LHN) und im Hauptvorstand der Dänischen Molkereigenossenschaft (ARLA) tätig ist, arbeitet eine Vollzeit-Arbeitskraft aus Deutschland auf dem Betrieb, an drei Nachmittagen pro Woche hilft ein Junge aus der Nachbarschaft und nach Bedarf helfen auch Ehefrau Marie und Tochter Karoline mit. Marie Hollænder hat eine feste Stelle als Pädagogin, in der sie 30 Stunden pro Woche arbeitet.



Agrotourismus Hellevad Vandmølle

Elsebeth Junker übernahm 1996 den elterlichen Betrieb in Südwestjütland zusammen mit ihrem Mann Bjarne Boesen. Gemeinsam renovierten die beiden Agraringenieure den Hof umfassend und stellten auf ökologische Landwirtschaft um. Seit 1998 bieten sie in Hellevad Vandmølle (Wassermühle) auch Bauernhofferien an. Wegen des großen Erfolges mit dem landwirtschaftlichen Tourismus wird der Hof zzt. ausgebaut, um besonders im Winterhalbjahr Seminare für größere Gruppen, beispielsweise zur regionalen und ökologischen Speisenzubereitung, durchführen zu können.

Zum Hof gehören 65 ha (50 ha Ackerland, 10 ha Grünland, 5 ha Wald). Neben Feldgemüse und Futtergetreide werden Dinkel, Sommerweizen und Hafer als Brotgetreide angebaut. Auf dem Betrieb werden Zuchtsauen, 35 Mastschweine und 10 Mutterkühe gehalten. Daneben finden Pfer-

de, Hunde, Katzen, Hühner und Kaninchen ihren Platz. Verschiedene Gemüsearten und der Kräutergarten dienen zur Bereicherung des täglichen Lebensmittelangebotes für die Familie und die Feriengäste. Lediglich Molkereiprodukte bezieht die Familie von der Naturmælk-Molkerei. Sowohl Hellevad Vandmølle als auch Naturmælk sind Mitglieder in dem 2005 gegründeten Verein Sønderjyske Madglæder (Südwestjütlandische Gaumenfreuden). Der Verein, mit Bjarne Boesen als zweitem Vorsitzenden, stellt ein Netzwerk für Lebensmittelunternehmen in der Region Südwestjütland dar und setzt sich gezielt für die Entwicklung und Förderung regionaler Qualitätslebensmittel ein.

Elsebeth Junker und Bjarne Boesen sind stolz darauf, ihren Gästen – so auch den Exkursionsteilnehmern und -teilnehmerinnen – stets qualitativ hochwertige Gerichte ohne Zusatz- und Konservierungsstoffe anbieten zu können und bei allen Produkten zu wis-

sen, woher sie kommen. Einen Teil ihrer Produkte verkaufen sie in ihrem Hofladen, außerdem schlachten sie im Herbst und vermarkten Schweinehälften und Rinderviertel an private Kunden.

Hellevad Vandmølle vermietet ganzjährig sieben Ferienwohnungen mit jeweils eigenem Bad und eigener Küche und bietet so Platz für insgesamt 30 Personen. Für Veranstaltungen kann Mittagessen bestellt werden. Besondere Angebote für die Gäste, bei denen es sich überwiegend um Dänen handelt, sind Lagerfeuerabende, Ausflüge zu Pferd oder mit der Pferdekutsche, Angeln, Beteiligung an der täglichen Fütterung der Tiere und Informationen über den ökologischen Landbau.

Seit drei Jahren verfügt der Betrieb über eine eigene Pflanzkläranlage und für die Zukunft ist geplant, eine Solaranlage zu installieren, die vor allem im Sommer das Duschwasser für die Gäste erwärmen soll.



Fotos: Hellevad Vandmølle



demeter-Betrieb Lorenzen

Seit 1976 führen die Eheleute Günther und Christa Lorenzen in der Nähe von Tondern ihren landwirtschaftlichen Betrieb. Bereits 1987 wechselten sie von konventioneller zu ökologischer Bewirtschaftung. Vor elf Jahren entschloss sich das Ehepaar dazu, aus ideologischen Gründen auf biologisch-dynamische Wirtschaftsweise umzustellen. Sie gilt als nachhaltigste Form der Landbewirtschaftung, weil sie laut unabhängiger Studien u. a. zu einem kontinuierlichen Wachstum der natürlichen Humusschicht beiträgt.

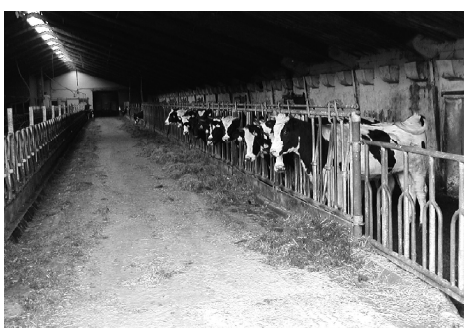
Neben dem dänischen Bio-Siegel tragen die Produkte des Betriebes auch das international bekannte demeter-Markenzeichen. Im Vergleich zu den geltenden EU-Bestimmungen für ökologische Lebensmittel stellt demeter weitreichendere Anforderungen. Beispielsweise wird die Umstellung des gesamten Betriebes einschließlich der Tierhaltung auf eine biologisch-dynamische Wirtschaftsweise vorausgesetzt, um einen sog. individuellen Hoforganismus zu erreichen.

Mit vier festen Mitarbeitern und mehreren Saisonarbeitskräften bewirtschaftet der Betrieb Lorenzen insgesamt rund 240 ha, von denen etwa 80 % Eigenland sind. Zur Vermarktung werden im Wesentlichen verschiedene Brotgetreide wie Weizen und Dinkel, Kartoffeln sowie Möhren angebaut. Außerdem gehören 160 Milchkühe, 2 000 Legehennen und Bienen zum Betrieb.

Der Absatz der Produkte erfolgt auf unterschiedlichen Wegen. So wird das Brotgetreide an eine dänische demeter-Bäckerei und die Rohmilch an die Molkerei Naturmælk A.m.b.a. geliefert. Die Möhren werden größtenteils nach Deutschland exportiert und dort industriell zu Saft weiterverarbeitet. Auch die Speisekartoffelernte findet in Deutschland ihren Absatz. Außerdem betreibt Ehepaar Lorenzen – wenn auch eher extensiv – einen Hofladen zur regionalen Vermarktung. Aufgrund der hervorragenden Qualität seiner Produkte hat der Betrieb bereits mehrere Preise gewonnen.

Selbstverständlich ist für die Betriebsleiter die Zusammenarbeit mit anderen landwirtschaftlichen Betrieben: Eine Maschinenkooperation besteht zzt. mit vier Betrieben, im Bereich des Futteranbaus erfolgt eine Zusammenarbeit mit zwei Betrieben, darüber hinaus besteht eine Vermarktungskoope-ration für Möhren mit einer gemeinsam genutzten Wasch-, Sortier- und Verpackungsanlage. Die Kooperationen ermöglichen – neben dem gegenseitigen Erfahrungsaustausch – vor allem finanzielle Einsparungen aufgrund von Größenvorteilen und wachsender Flexibilität durch den Austausch von Mitarbeitern.

fa



Fotos: M. Busch



Ländliche Entwicklung in der Schleiregion

Die Schlei ist Schleswig-Holsteins einzige Förde ohne breite Öffnung zum Meer. Sie erstreckt sich von der Ostsee rd. 42 km landeinwärts (etwa bis zur Stadt Schleswig) und bietet eine Vielfalt naturnaher Lebensräume. Nördlich der Schlei liegt Angeln, historisch „Bauernland“ mit einer eher kleinräumigen Landwirtschaft. An das südliche Schleiufer grenzt die Landschaft Schwansen, wo große Güter dominieren. Hans Werner Berlau, Bürgermeister Amt Tolk, Cornelia Plewa, Planungsgruppe Plewa, Stadt- und Regionalplanung, Flensburg, und Svenia Hennig, Leiterin der Geschäftsstelle, LAG Schleiregion, Böklund, begleiteten die Exkursion.

Danewerk – Erdwallsystem der Wikinger

Nur wenige Kilometer südlich von Schleswig befindet sich das Danewerk, ein weit über 1 000 Jahre altes Erdwallsystem der Wikinger zwischen den sumpfigen Niederungen von Eider bzw. Treene im Westen und der Schlei im Osten. Der ca. 20 km lange Wall verschloss die Landenge auf der jüt-ländischen Halbinsel und sicherte somit die Grenze des dänischen Frühreiches (s. Ländlicher Raum 01/2007, S. 14).

Neben der Bedeutung als Großdenkmal der Wikingerkultur sticht das Danewerk auch als Naturdenkmal ins Auge. Wie in der Vergangenheit wird das Areal frei von Bewuchs gehalten, wodurch sich ein ökologisch äußerst wertvoller Trockenrasen ausbreiten konnte. Bei der Landschaftspflege leisten Heidschnucken, Moorschnucken oder alte, kleinwüchsige Schafrassen gute Dienste.

Traditionelles Handwerk – moderne Boote – die Yacht- & Bootswerft M. Paulsen GmbH

Auf einer Halbinsel am Westufer der Schlei, unweit der Fördemündung, liegt Arnis. Mit gut 300 Einwohnern ist Arnis die kleinste Stadt Deutschlands. Das touristisch geprägte Städtchen zählt insgesamt vier Werften, darunter die Yacht- und Bootswerft Matthias Paulsen GmbH. Obwohl es sich bei dem in der dritten Generation geführten Familienunternehmen mit fünf Mitarbeitern sowie einem Azubi um die kleinste Werft am Ort handelt, bietet es seinen Kunden eine breite Palette von Leistungen, die von Neubauten nach Rissen namhafter Konstruk-

teure bis hin zu edlen Innenbauten reicht. In den vergangenen 88 Jahren baute der Handwerksbetrieb 261 Schiffe bzw. Boote, Yachten oder Kutter, alle aus Holz, und bildete 200 Lehrlinge aus.

Oft widmet sich das Unternehmen ganz speziellen Aufträgen. Beispielsweise fertigte die Paulsen GmbH das Vorschiffsegment des Wikingerschiffes „Haithabu“, das auf der Expo 2000 als Botschafter Schleswig-Holsteins ausgestellt wurde, nach rekonstruierten Zeichnungen an. Während der viermonatigen Bauzeit lockte der Nachbau mehr als 100 000 Besucher in die eigens auf dem Gelände des Wikinger Museums errichtete „Gläserne Werft“.



Foto: Copyright 2007, Dr. Willi Kramer, ALSH

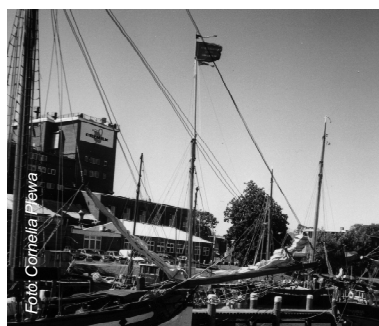


Foto: Cornelia Plewa



Foto: Cornelia Plewa

Da sich der deutsche Schiffbau in einer Krise befindet und auch die Neuanfertigungen im Freizeitbereich zurückgehen, spielt die Reparatur und Aufarbeitung von Holzschiffen bzw. -yachten für Paulsens Betrieb eine immer größere Rolle. Außerdem müssen Naturholzschiffe aufgrund der höheren UV-Strahlung sowie der lösungsmittelfreien Lacke einmal pro Jahr lackiert werden.

Wie ca. 20 andere maritime Gewerke an der unteren Schlei ist die Bootswerft Mitglied des 2003 gegründeten Bündnisses schleiboot.de. Den ungewöhnlichen Zusammenschluss von Konstrukteuren, Bootsbauern, Tischlern, Segelmachern u. v. m. zeichnet neben dem gemeinsamen Internetauftritt vor allem der Wunsch aus, dem jeweiligen Kunden ein für ihn optimales Gesamtpaket anbieten zu können.

Rundgang durch Sieseby

Ein Ort der besonderen Art ist das am östlichen Schleiufer gelegene Sieseby. 2000 wurde das Dorf als erstes Flächendenkmal in Schleswig-Holstein ausgewiesen. Siesebys Mittelpunkt bildet die Feldsteinkirche aus dem 12. Jahrhundert, das älteste Gebäude in der Gemeinde. Die Kirche steht auf einem Hügel umgeben von alten Linden und wurde der Sage nach an der Stelle errichtet, die in einer verschneiten Johannismacht in Form eines Kreuzes schneefrei blieb.

Ansonsten besteht das Dorf fast ausschließlich aus reetgedeckten, schwarzweißen Fachwerkhäusern. Die Gebäude befinden sich im Besitz der herzoglichen Familie zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, welche das Schleidorf Mitte des 19. Jahrhunderts von dem Hamburger Kaufmann Gustav Anton Schäffer erwarb. Dieser ließ zuvor viele der damals baufällig gewordenen Katen neu bauen und versah sie mit seinen Initialen (GAS) sowie der entsprechenden Jahreszahl. Zum größten Teil waren es Häuser für Tagelöhner (Insten) mit kleinen Fenstern, großer Toreinfahrt, Stall und einem Stück Land. Heute sind sie verpachtet und dienen oft als Zweitwohnsitz für Städter.

Der Denkmalschutz bezieht sich kraft des Pilotprojektes der Landesregierung nicht nur auf die Gebäude, sondern auf das gesamte Gelände im Umkreis von 200 m. Dies bedeutet, dass in den Gärten nur alte bzw. einheimische Gewächse gepflanzt werden dürfen.

Schlei Ostsee GmbH – Tourismus als Zukunftschance für die Region

Vor rd. fünf Jahren wurde mit LEADER+-Mitteln ein Entwicklungsprogramm für die Schlei-Region gestartet. Die regionalen Vertreter im LEADER-Prozess sahen in der Schaffung einer zentralen Institution die Möglichkeit, den Tourismus an der Schlei langfristig auszubauen. Dies führte im Juli 2005 zur Gründung der Schlei Ostsee GmbH. Sie verfolgt das Ziel, mehr Gäste und damit mehr Kunden für die Region zu gewinnen, damit der Unternehmensumsatz steigt und Arbeitsplätze sichert.

Mittlerweile ist sie zu einer zentralen Gesellschaft für Tourismus-, Regional- sowie Stadtmarketing für das Gebiet an Schlei und Ostsee geworden, der 30 Gesellschafter (kommunale Partner, Unternehmen, Vereine) angehören. Die GmbH beschäftigt zzt. 14 Personen (6 in Vollzeit, 8 in Teilzeit) und unterhält drei Touristen-Informationsbüros. Des Weiteren hat sie die Marke „Ostseefjord-Schlei“ entwickelt, ein Gastgeberverzeichnis für Vermieter sowie einen Erlebnisführer für Handel, Gewerbe, Gastronomie bzw. Freizeitanbieter erstellt und Walking-Strecken beschildert. Dass die GmbH stets mit den lokalen Akteuren zusammenarbeitet, ist selbstverständlich.



Fotos: Schlei Ostsee GmbH/B. Pries



Foto: J. Westphal





Foto: J. Westphal



Foto: J. Westphal



Foto: Jörg von Röhn



Foto: Jörg von Röhn

Kaffee, Kuchen, Kunst und Kultur in Ulsnis – das Café Krog

Nach einer spontanen Stippvisite beim „Landarzt“, d. h. am Drehort der ZDF-Serie, die sich als effektive Imagewerbung für den Tourismus entpuppte, kehrte die Exkursionsgruppe bei Hedda Krog in Ulsnis ein.

Mit dem Café, dem Hotelbetrieb und der Kunstscheune, in der ausgefallene Geschenkideen zu finden sind, verwirklichte sich die Inhaberin, nachdem ihre Kinder erwachsen waren, einen Traum. Ursprünglich sollte ein alter Speicher auf dem Vollerwerbsbetrieb der Familie zum Café umgebaut werden. Als sich aber die Gelegenheit bot, einen alten Dreiseithof vom Vetter abzukaufen, wurden die Pläne geändert. Hedda Krog erwarb das Gehöft, ehemals Armenhaus der Gemeinde, leitete den Umbau in die Wege und eröffnete 2001 das Café.

Durch Beharrlichkeit und unternehmerisches Geschick gelang es ihr, Fördermittel von verschiedenen Stellen wie dem schleswig-holsteinischen Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, dem Landesamt für Denkmalpflege u. a. zu erhalten. Im Gegensatz zum Hotel (acht Zimmer), das die Inhaberin als Selbstläufer bezeichnet, ist der Kunstgewerbeladen äußerst zeit- und lohnaufwendig. Das Café wird im Winter für Lesungen oder Musikveranstaltungen genutzt. Immer häufiger finden hier größere Familienfeiern statt, was von der Inhaberin, die drei feste Mitarbeiter/-innen und 14 Aushilfskräfte beschäftigt, sehr positiv bewertet wird.

Fortführung der Holmer Fischertradition durch Familie Ross

Bis heute ist das alleinige Fangrecht der in der Fischersiedlung „Holm“ in Schleswig ansässigen Fischer, welches der sog. Schleibrief von 1480 garantierte, in der Holmer Fischerzunft enthalten, wenn auch in angepasster Form. Dass die Fischerei keinen ausschlaggebenden Wirtschaftsfaktor mehr darstellt, ist inmitten der am Schleiufer liegenden Boote nur schwer nachzuvollziehen. Auf dem Holm gibt es noch 13 Fischereibetriebe, einer davon gehört Jörn Ross. Seinem Vater, ebenfalls selbstständiger Schleifischer, obliegt die Aufgabe des Ältermanns („Öllermann“), des ersten Vorsitzenden der Holmer Fischerzunft zu Schleswig.

Im Betrieb des Fischwirtschaftsmeisters Ross arbeiten seine Frau und beide Söhne mit. Sie verfügen über vier Boote, die zur Fischerei auf der Schlei sowie auf der Ostsee genutzt werden, und über die volle Bandbreite an Fangsystemen wie etwa Stell- bzw. Schleppnetzen, Reusen usw. Dorsch und andere Ostseefische verkauft der Familienbetrieb über die Fischerei-Genossenschaft, während ein Großteil der Fische aus der Schlei, z. B. Aale, direkt im Stadthafen Schleswig vermarktet werden.

Erhebliche Probleme treten im Frühjahr durch die zurückkehrenden Wandervögel auf: 4 000 bis 5 000 Kormorane dezimieren allein den Zanderbestand um bis zu 90 %. Seit einigen Jahren dürfen Kormorane geschossen werden. Fraglich sei, ob das Abschießen der Vögel den Fischern etwas bringe oder ob es sich nur um „Nervenberuhigung“ handele, bemerkte Ross, der die Hege des Fischbestandes ernst nimmt. So wurden beispielsweise Fische wie der Schnäpel, er galt in der Schlei lange Zeit als ausgestorben, wieder angesiedelt.

ce

Neues von der agrarpolitischen Bühne:

Wer rastet, der rostet

Agrarpolitische Betriebsamkeit, vielsagende Kompromisse und überraschende Wendungen im einstigen Sommerloch

beleuchtet von Rainer Münch

Die Sommerlöcher sind auch nicht mehr das, was sie mal waren. Wurden ehemals im Berliner und insbesondere im Bonner Regierungsviertel Aktendeckel zu- und Bürgersteige hochgeklappt, auch um talentierten Nachwuchspolitikern Chancen zu schlagzeilenträchtigen Vorschlägen einzuräumen („Mallorca als 17. Bundesland eingliedern“), scheint sich der Politikbetrieb in Zeiten der Großen Koalition keine Auszeit mehr zu gönnen. Allenfalls wird die Schlagzahl leicht gemindert, von schöpferischer Pause kann jedoch kaum mehr die Rede sein. Dies gilt in diesem Jahr auch und gerade für die deutsche Agrarpolitik. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Neben der Diskussion um steigende Butter- und sonstige Nahrungsmittelpreise dürfte eine Rolle gespielt haben, dass sich der aktuelle Bundeslandwirtschaftsminister gegenwärtig im Wahlkampf in eigener Sache befindet, sich deswegen weder Urlaub noch Rückzug gönnt und auch in der warmen Jahreszeit für die eine oder andere Überraschung gut ist. Außerdem hatte die Koalition einige Brocken vor sich her geschoben, bis sie schließlich unverhofft in der Sommerpause gelandet waren.

Grüne Gentechnik

Dies gilt vor allem für die Novelle des Gentechnikgesetzes. Um die hatten sich Teile von Union und SPD praktisch seit Be-

ginn ihrer gemeinsamen Regierungszeit gestritten, am Ende reichte der Vorrat an Gemeinsamkeiten nicht einmal mehr zum Streit – dem Vernehmen nach herrschte eine geraume Zeit völlige Funkstille zu dem Thema. Eingeweihte begründeten dies auch mit dem Risiko drohender Handgreiflichkeiten und dem Recht von Abgeordneten auf körperliche Unversehrtheit. Im Koalitionsvertrag hatten sich beide Seiten unter sanftem Druck der damals noch designierten Kanzlerin zu der Zielsetzung durchgerungen, Forschung und Anwendung der Grünen Gentechnik in Deutschland zu befördern. Fachpolitiker wie der CDU/CSU-Agrarsprecher Peter Bleser hatten daraufhin bereits euphorisch von einem „Durchbruch für eine Zukunftstechnologie in Deutschland“ gesprochen. Gemessen daran ist das nunmehr erzielte Ergebnis zumindest in den Augen von Befürwortern dieser Technologie allerdings weniger ein Durchbruch als ein Dolchstoß für die Grüne Gentechnik hierzulande.

Keine Ohrmarken für GVO

Wesentliche Regelungen des von Rot-Grün beschlossenen Gentechnikgesetzes werden bei der Neufassung nicht angerührt, obwohl die damalige Opposition keine Gelegenheit ausgelassen hatte, diese aufs Schärfste zu geißeln und der Regierung mindestens Technologiefeindlichkeit, wenn nicht gar Beihilfe zum Un-

tergang des Abendlandes vorzuhalten. Beispiel Haftung: Die bestehende verschuldensunabhängige, gesamtschuldnerische Haftung bleibt unverändert. Sie bedeutet, dass ein Gen-Landwirt auch dann für wirtschaftliche Schäden, die durch Eintrag von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in einen benachbarten gentechnikfreien Bestand entstehen, aufkommen muss, wenn er der Sorgfaltspflicht Genüge getan und die Regeln der guten fachlichen Praxis eingehalten hat. Ein Nachweis, dass ein Gen-Eintrag von einem bestimmten Feld stammt, ist dafür nicht erforderlich. Ein früherer Agrarstaatssekretär hatte dies dereinst ausgesprochen anschaulich damit begründet, dass man ja schließlich bei einem GVO keine Ohrmarken anbringen könne, um die Herkunft zu klären.

Keine Quadratwurzel

Zielscheibe heftiger oppositioneller Kritik war beispielsweise auch die flurstücksgenaue Bekanntgabe von Feldern mit Freisetzungsversuchen im öffentlich zugänglichen Teil des Standortregisters. Dies sei nichts weiter als eine Anleitung für militante Gentechnikgegner zur Umsetzung ihrer dunklen Vorhaben, Anbauflächen mit Gen-Pflanzen zu zerstören, hieß es. Der zaghafte Versuch, die öffentlich zugänglichen Angaben von Versuchsfeldern ein wenig einzuschränken, wurde im Zuge der Verhandlungen allerdings dennoch sehr schnell wieder fal-

lengelassen. Geeinigt hat man sich auf Regelungen zur guten fachlichen Praxis beim Anbau von und dem Umgang mit Gen-Pflanzen. Geradezu salomonisch mutet dabei die Lösung an, die letztlich bei den Abstandsregelungen gefunden wurde: Die Union hatte einen Abstand zu Flächen mit gentechnisch verändertem Mais von 150 m gefordert – dieser soll fortan nur zu konventionellem Mais gelten. Hingegen soll zu ökologischem Mais aufgrund der höheren Anforderungen von dessen Abnehmern generell ein Abstand von 300 m eingehalten werden müssen, wie die SPD generell gefordert hatte. Immerhin soll nicht vorgeschlagen worden sein, beide Forderungen zu addieren und daraus die Quadratwurzel zu ziehen.

Rasante Kehrtwende

Während die SPD in Person ihres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ulrich Kelber zumindest für einen Teil ihrer Klientel sagen kann, die schlimmsten Zähne gezogen zu haben, um der Grünen Gentechnik nun gerade nicht zum Durchbruch zu verhelfen, kommt die CDU in Person von Bleser zu der tief blickenden Erkenntnis, die Landwirte wüssten jetzt woran sie sind. Dies immerhin ist beileibe keine Selbstverständlichkeit in Zeiten dieser Koalition. Überaus zufrieden mit dem Verhandlungsergebnis ist Minister Seehofer. Für ihn sei klar, dass es mit dem neuen Gentechnikgesetz keinen Anbau von gentechnisch verändertem Mais in Bayern geben werde, erklärte der CSU-Politiker inzwischen gegenüber der Presse. Fast bekommt man den Eindruck, dies sei von Beginn an sein eigentliches Verhandlungsziel gewesen. Immerhin hat die CSU in den letzten beiden Jahren eine rasante Kehrtwende vollzogen – von der scharfen Kritikerin rot-grüner Gentechnikpoli-

tik etwa noch im Bundestagswahlkampf 2005 zur scharfen Kritikerin der Grünen Gentechnik heutzutage.

Milchquote

Weitgehend geklärt schien vor der Sommerpause die leidige Milchquotendiskussion. Dazu beigetragen hatte der Deutsche Bauernverband, der tatsächlich eine gehörige Portion Mut bewiesen und die Frage des Quotenausstiegs trotz regional überaus kontroverser Diskussionen in den eigenen Reihen auf dem Bauerntag im Bamberg zur Abstimmung stellte. Im Ergebnis folgte eine überraschend breite Mehrheit von drei Vierteln der Delegierten einem vom Präsidium unterstützten Antrag, die Quote 2015 auslaufen zu lassen und zugleich den Übergang zu flankieren. Nach jahrzehntelangem Eintreten des Verbandes für staatliche Mengenregulierung war dies beileibe keine Selbstverständlichkeit und bedurfte erheblicher Überzeugungsarbeit in den eigenen Reihen. Präsident Sonneleitner sprach anschließend mit einigem Recht von einer historischen Abstimmung und einem klaren Auftrag an die Politik. Minister Seehofer hatte nach eigenen Worten verstanden und erklärte in Bamberg seine grundsätzliche Übereinstimmung mit der dort verabschiedeten Position zur Milchpolitik. Kein Blatt Papier, so die Botschaft des Ministers, passe in der Milchpolitik fortan und überhaupt zwischen ihm und den Deutschen Bauernverband.

Irrglaube

So weit, so klar. Inzwischen sind jedoch wieder erste Zweifel ob der politischen Halbwertszeit dieser ministeriellen Äußerungen in der Quotenfrage aufgetaucht. Am Rande einer Demonstration des Bundes Deutscher Milchviehhalter (BDM) für höhere Milchpreise, die unlängst mehr als 10 000 überwiegend bayerische Landwirte nach München geführt hatte, sagte See-

hofer gegenüber Journalisten, er lehne Forderungen nach Aufhebung der Milchquote ab. Ein Ausstieg aus der Milchquote, so fügte der Minister warnend hinzu, hätte einen „völligen Preisverfall zu Lasten der Bauern“ zur Folge. Zwar beeilte sich sein Ministerium anschließend mit der Feststellung, an der grundsätzlichen Haltung des Chefs zur Milchquote habe sich nichts geändert. Dennoch sah sich wiederum CDU-Kollege Bleser unverzüglich zu der Klarstellung veranlasst, die Union bleibe bei ihrer Position, dass die Milchquotenregelung 2015 auslaufen werde. Bleser mahnte vielsagend Planungssicherheit und Verlässlichkeit für die Bauern an und bezeichnete es als „Irrglaube, wenn man in Zeiten zunehmender Globalisierung eine Marktabschottung für möglich hält.“

Wink vom Präsidenten

Ein anderes grundlegendes Thema erschien im Sommerloch kurz am Horizont: die Zukunft der EU-Agrarfinanzen. Die Kanzlerin ließ verlauten, dass die Bundesregierung noch keine Position zur künftigen Verteilung der EU-Gelder habe und wies anderslautende Äußerungen zurück. Erst nach und nach werde man im Zuge des Fortgangs der innereuropäischen Diskussion dazu seinen Standpunkt festlegen. Das ist alles andere als eindeutig und viel weniger, als berufsständische Vertreter unter Berufung auf Verlässlichkeit politischer Zusagen erwarten. Hierzu passt der Hinweis vom Bundespräsidenten höchstselbst, der Anteil der Agrarausgaben am EU-Haushalt sei im Vergleich zu den Aufwendungen für Bildung und Forschung zu hoch. Bemerkenswert, dass Köhler für diesen deutlichen Wink mit dem Zaunpfahl seinen Auftritt auf dem Bauerntag in Bamberg nutzte. Es bleibt also spannend, auch wenn gerade einmal kein Sommerloch ist. ■

Verbraucher wollen informiert werden

Interview mit Gerd Billen, Vorstand der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), über steigende Lebensmittelpreise, Verbraucherwünsche und Anforderungen an die künftige Agrarpolitik



Gerd Billen steht seit dem 1. August 2007 als Nachfolger von Prof. Edda Müller an der Spitze des vzbv. Der 52-jährige Ernährungs- und Haushaltswissenschaftler stammt aus der Eifel. Er war Mitbegründer der Verbraucher Initiative e.V. und insgesamt zwölf Jahre Bundesgeschäftsführer des Naturschutzbundes Deutschland (NABU). Zuletzt leitete Billen den Bereich Umwelt- und Gesellschaftspolitik beim Hamburger Handelsunternehmen Otto.

Herr Billen, was sind für Sie „faire Preise“?

Billen: Der Konsument muss sich die Preise leisten können und der Produzent von diesen Preisen leben können. Alle an der Lebensmittelkette Beteiligten müssen einen so hohen Erlös erhalten, dass sie unter Einhaltung ökologischer und sozialer Produktions- und Haltungsbedingungen qualitätsvolle und sichere Lebensmittel anbieten können. Der enorme Preisdruck im Einzelhandel hat dazu geführt, dass das Gefühl für faire Preise verloren gegangen ist. Zudem müssen die Konsumenten an der Ladentheke so gut informiert sein, dass sie bereit sind, für Lebensmittel faire Preise auszugeben.

Unter welchen Bedingungen akzeptieren Verbraucher steigende Lebensmittelpreise?

Billen: Wer seine Preise erhöht, sollte auch darlegen, durch welche Kostenpositionen diese begründet sind. Anderenfalls entsteht der Eindruck, dass die Branchen die Diskussion um höhere Produktionskosten missbrauchen, um sich unbegründet zu bedienen. Verbraucher erwarten neben einer hohen Sicherheit, Qualität und gutem Geschmack auch mehr Tierschutz. Maßnahmen zur Qualitätssicherung, Gentechnikfreiheit oder regionalen Landschaftspflege werden vom Verbraucher ebenfalls belohnt. Sie müssen nur kommuniziert werden.

Halten Sie angesichts steigender Nahrungsmittelpreise einen Strategiewechsel des vzbv für erforderlich? Muss es künftig einen verstärkten Einsatz des Verbandes für „Lebensmittel zu günstigen Preisen“ geben?

Billen: Lebensmittel müssen nicht billig, sondern ihren Preis wert sein. Ob dies der Fall ist, ist in jedem Einzelfall anhand der konkreten Marktgegebenheiten separat zu prüfen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Lebensmittel nicht mehr unter Einstandspreis verkauft werden dürfen. Damit verbunden ist ein Signal: Top-Qualität und sichere Lebensmittel sind zu Billigstpreisen nicht zu haben.

Nahrungsmittel haben einen überproportionalen Anteil am Budget von kleinen Einkommensbezieher. Muss die „soziale Komponente“ künftig in der Verbraucherpolitik stärker betont werden?

Billen: Ja. In Zeiten, in denen immer größere Teile der Gesellschaft in sehr prekären Lagen leben, muss sich die Verbraucherpolitik auch stärker um deren Teilhabe sowie ihren Schutz kümmern. So müssen benachteiligte Bevölkerungsgruppen befähigt werden, sich gesund zu ernähren und ein gesundes Leben zu führen. Das geht beispielsweise durch spezielle zielgruppenorientierte Maßnahmen der Beratung oder aber durch eine verstärkte Bildungsarbeit. Auch ist eine Über-

prüfung der Berechnungsgrundlage für soziale Leistungen bei steigenden Preisen zur Lebenshaltung notwendig. Wie wir als vzbv das auch in anderen Bereichen, etwa bei den Energiepreisen, als unsere Aufgaben ansehen, werden wir auch bei den Lebensmittelpreisen darauf achten, dass Verbraucherinnen und Verbraucher nicht schutzlos sind und ihnen das Geld aus der Tasche gezogen wird. Es ist wichtig, hier mehr Transparenz zu schaffen.

Ein Faktor für Entwicklung auf den Agrarmärkten ist die steigende Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen. Wie beurteilen Sie die zunehmende Flächenkonkurrenz zwischen Food- und Non-Food-Anbau?

Billen: In der Konkurrenz auf den Feldern zwischen Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen zur Energiegewinnung brauchen wir eine klare zukunftsfähige Strategie, damit am Ende nicht die Lebensmittel in Preis und Qualität auf der Strecke bleiben. Brotgetreide soll Menschen, nicht Autos füttern.

Steigende Preise spiegeln Knappheiten auf Märkten wieder. Sollte die Agrarproduktion in der Europäischen Union ausgeweitet werden und wenn ja, wie und unter welchen Bedingungen?

Billen: Der Vorteil der europäischen Agrarerzeugung liegt darin, dass Verbraucher, Landwirte sowie Bürger in ländlichen Regionen gleichermaßen davon profitieren, wenn wir ökologisch hochwertige und artgerecht erzeugte Lebensmittel produzieren und damit eine Wertschöpfung für uns erreichen. Ähnlich wie bei den Umwelttechniken, könnte dieses Modell der Lebensmittelerzeugung zu einem Exportschlager werden.

Warum lehnt eine überwiegende Mehrzahl der Verbraucher gentechnisch veränderte Lebensmittel ab, obwohl sie in der Regel noch nicht mit ihnen in Berührung gekommen sind?

Billen: Verbraucher fordern Wahlfreiheit beim Kauf ihrer Produkte und Dienstleistungen. Für Lebensmittel bedeutet dies, dass auch künftig gentechnikfreie Lebensmittel in den Regalen liegen müssen. Es gibt verschiedene gute Gründe, warum die Mehrzahl der Verbraucher die Agro-Gentechnik ablehnt: Sie sehen keinen persönlichen Nutzen. Viele Fragen zu möglichen Folgen sind nach wie vor unbeantwortet: So können weder ökologische noch gesundheitliche Risiken gänzlich ausgeschlossen werden.

Die grüne Gentechnik kann möglicherweise zu höherer Ertragssicherheit, vielleicht in Zukunft zu höheren Ertragsniveaus führen. Halten sie deren Einsatz hierzulande für verantwortbar und wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Billen: Das mit der Ertragssicherheit ist ein Mythos. Darauf weisen auch die Entwicklungshilfeorganisationen hin. Viel wichtiger für die Nahrungssicherheit in anderen Weltregionen sind der Zugang zu Wasser, Infrastruktur und Bildung sowie die Förderung von bäuerlichen Existenzen beispielsweise durch Mikrokreditprogramme. Und was Europa betrifft: Die gegenwärtige Novelle des Gentechnikrechts weist an entscheidenden Stellen Lücken auf, die wir schließen müssen. Es sind darin zu viele Ausnahmeregelungen möglich, die zu Unklarheiten führen, welche Pflichten derjenige hat, der gentechnisch veränderte Organismen (GVO) einsetzt. So lässt sich die gentechnikfreie Landwirtschaft nicht schützen.

Welche Erwartungen haben Verbraucher an die Erzeugung von Nahrungsmitteln und an die Beschaffenheit von Lebensmitteln?

Billen: Verbraucher wünschen sichere, qualitativ hochwertige und geschmacklich ansprechende Produkte zu gerechtfertigten Preisen. So vielfältig wie Verbraucherinteressen dann im Detail sind, so vielfältig sind auch die möglichen Angebote und Angebotsformen. Wichtig für die Erzeuger ist es mit dem Verbraucher zu kommunizieren – nicht suggestiv, sondern nachvollziehbar. Bemühungen um höhere Qualitäten, dazu gehören auch Prozessqualitäten wie mehr Tierschutz, zahlen sich jedenfalls immer mehr aus. Wie auch der Biomarkt, wächst insgesamt ein Premiummarkt mit Produkten, die einen Mehrwert versprechen. Dessen Erfolg steht und fällt mit der richtigen Verbraucheransprache und -information.

Stehen die Erwartungen in Einklang mit dem bestehenden Bild von Landwirtschaft in weiten Teilen vor allem der städtischen Bevölkerung?

Billen: Wir bemühen uns um eine realistische Darstellung der Landwirtschaft. Z. B. sind wir mehrfach juristisch gegen Verbrauchertäuschung durch eine Darstellung einer „Ländlichen Idylle“ bei Lebensmitteln vorgegangen. Die Werbung, die das Käfighuhn auf der Verpackung im Stroh sitzend abbildet, ist leider immer noch nicht aus der Welt. Das Bild der Landwirtschaft wurde über Jahrzehnte verklärt vermittelt, woher also sollte die realistische Einschätzung kommen? Daher sind Maßnahmen seitens der Landwirtschaft im Rahmen von Aktionen wie „die offene Stalltür“ notwendig, damit Verbraucher den notwendigen Einblick bekommen. Für viele Verbraucher ist die Konfrontati-

on mit der praktischen Landwirtschaft dann bestimmt ein Schock, der ihr Kaufverhalten beeinflussen wird. Für die Landwirte zahlt es sich daher aus, mit einer höheren Qualität (z. B. im Bereich Tierschutz) zu werben. Wer gut informiert, wird am Ende vom Verbraucher belohnt. Wir suchen nach Möglichkeiten, nach Instrumenten, die diese Anstrengungen belohnen. Die klassischen Instrumente sind Verbraucherinformation und Kennzeichnungsregeln, die eine hohe Transparenz schaffen.

Sie erwähnten es bereits, der Ökomarkt wächst zweistellig. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Billen: Das Gute ist: „Öko“ ist inzwischen aus der Nische getreten und wird zum Mainstream. Für ein kontinuierliches Wachstum ist es wichtig, dass auch weiterhin insbesondere „der Gelegenheitskäufer“ hin und wieder und gerne auch öfter ökologisch erzeugte Lebensmittel kauft. Und deshalb ist es gut, dass auch die Verfügbarkeit und der Zugang zu diesen Lebensmitteln größer werden, d. h. dass man es möglichst bequem hat, ein entsprechendes Sortiment in seinem Standardgeschäft zu finden. Dies zeigen auch Umfragen der ZMP und der CMA.

Wie stabil ist diese Entwicklung?

Billen: Die Kaufbereitschaft ist vorhanden, stabil und wachsend – von irgendwelchen Prognosen und Schätzungen halte ich jedoch wenig. Insgesamt geht es mir darum, diesen Trend zu unterstützen – ohne ideologisch oder einseitig zu sein. Verbraucher haben ein Recht auf ein vielfältiges Lebensmittelangebot. Entscheiden müssen sie dann selber.

Wie beurteilen Sie den Einstieg des konventionellen Lebensmittelhandels und insbesondere der Discounter in den Ökomarkt?

Billen: Ich denke, dies ist ein guter Schritt, um dieses Marktsegment insgesamt zu pushen und gleichzeitig Erzeugern in großem Stiel Planbarkeit durch entsprechende Nachfrage und Refinanzierungsmöglichkeiten zu kommen zu lassen. Wichtig ist nur, dass negative Folgen des zunehmenden Preisdrucks verhindert werden und Qualitätssicherungen gewährleistet, dass auch wirklich „Bio“ drin ist, wo „Bio“ draufsteht.

Die steigende Nachfrage nach Bio-Produkten wird hauptsächlich über Importe gedeckt. Was halten Sie davon?

Billen: Ich bedaure das. Hier zeigt sich, dass wesentliche Potenziale des Agrarstandorts Deutschlands bisher ungenutzt sind. Aber das Problem ist hausgemacht. Durch die ständigen Änderungen der Förderbedingungen der Länder fehlt umstellungsbereiten Landwirten einfach die Planungssicherheit.

Gibt es aus Sicht der Verbraucher einen Zusammenhang zwischen Regionalität und Ökoprodukten?

Billen: Regionalität wird von vielen Verbrauchern sehr positiv eingeschätzt. Damit wird gerade in einer zunehmend globalisierten Welt mit anonymen Warenströmen und immer mal wieder auftretenden Lebensmittelskandalen ein höheres Vertrauen geschaffen. Auch wollen viele Verbraucher, dass das Geld, das sie für Lebensmittel ausgeben, möglichst Arbeitsplätze in ihrer Region schafft statt anderswo. Auch Fair-Trade-Produkte genießen eine hohe Wertschätzung. Wenn sie ökologisch erzeugt werden, kann an

Stelle der Regionalität auch eine verlässliche Handelsbeziehung mit dem Ziel stehen, soziale Verbesserungen für Menschen in Drittländern zu erreichen. Andererseits sind ökologische Produkte dann besonders authentisch, wenn sie nicht auch noch hohe Belastungen durch Transport etc. produzieren.

Die Agrarpolitik zieht sich aus der Marktsteuerung zurück. Welche Aufgaben sollte der Staat künftig übernehmen?

Billen: Der Staat muss die Leitplanken für eine ökologische, sozialverträgliche und tiergerechte Lebensmittelproduktion setzen. Dieses „europäische Modell“ einer landwirtschaftlichen Wertschöpfung muss in den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) verteidigt werden. Besonders wichtig für die europäische und internationale Agrarpolitik wird es sein, dass Aspekte wie Tierschutz oder die Frage von GVO-Freiheit nicht als Handelshemmnisse in der WTO angesehen werden. Der Ausschluss von Waren muss in Zukunft auch jenseits von gesundheitlichen Gründen möglich sein, wenn wichtige Verbraucherinteressen missachtet werden.



Halten Sie eine Förderung der Landwirtschaft aus Sicht der Verbraucher in Zukunft generell noch für gerechtfertigt?

Billen: Die Landwirtschaft in Deutschland ist in vielen Bereichen nicht wettbewerbsfähig mit Ländern, die entweder eine bessere Naturraumausstattung, z. B. große Weideflächen für extensive Tierhaltung, haben oder geringere Lohn-, Umwelt- und Sozialstandards. Mit einer Landwirtschaft, die im Lande bleibt, haben wir den Vorteil, dass wir Einfluss auf viele Aspekte der Produktionsqualität haben und wir viele positive Nebeneffekte gewinnen. Hierzu gehören die Wahrung der Kulturlandschaft und von Erholungsräumen ebenso wie die Sicherung von Arbeitsplätzen und der Wertschöpfung im Raum, nicht zu vergessen auch die regionale Identität. Zu den Bedingungen der Förderung: Wir sollten die Gewährung von Direktzahlungen - also Subventionierungen über die erste Säule - noch stärker an höhere Umweltstandards binden. Die Definition des guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustands eines landwirtschaftlichen Betriebes muss sich weiterentwickeln. Anderenfalls müssen wir über die Zweite Säule reparieren, was wir in der Ersten Säule an Problemen hingenommen haben.

Wie sehen Sie in Zukunft die Finanzausstattung von 1. und 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik?

Billen: Eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahrzehnte wird es sein, die Wertschöpfung in den ländlichen Räumen zu halten und zu entwickeln. Die Agrarstrukturpolitik wird zunehmend wichtig werden und erfüllt somit auch Aufgaben der Raumordnung. Wichtig wird es sein, die verschiedenen Ansätze aus den unterschiedlichen Politikbereichen so zu gestalten, dass sie aus einem Guss sind und sich nicht gegenseitig behindern. Wir begrüßen darum die Diskussion, zukünftig mehr Mittel aus der 1. Säule durch die Modulation in die 2. Säule zubegeben.

Welche Schwerpunkte sollten innerhalb der 2. Säule gesetzt werden?

Billen: Uns ist die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und die Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum ein großes Anliegen. Im Wesentlichen geht es darum, dass der Zugang von Verbrauchern zu regionalen Produkten und Dienstleistungen sichergestellt wird und dass durch neue Wertschöpfungen Arbeitsplätze entstehen. Die EU-Kommission hat eine Studie über eine Ex-Ante-Bewertung der ländlichen Entwicklungsprogramme für den Zeitraum 2007 bis 2013 ausgeschrieben. Hier interessiert uns besonders, inwieweit die Zweite Säule zu den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Zielen der Gemeinschaft beiträgt. Parallel dazu müssen geeignete Maßnahmen die Qualität der landwirtschaftlichen Produktion und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sichern und verbessern. Hier soll-

te ein höherer Qualitätsstandard etabliert werden, um schneller Innovationen auszulösen. Dabei sind der Aspekt des Umweltschutzes und des Landmanagements ebenso wichtig wie die artgerechte Tierhaltung.

Welchen Stellenwert messen Sie dem Thema „Ernährung, Landwirtschaft“ in der künftigen Arbeit des vzbv bei?

Billen: Ernährung und Landwirtschaft ist und bleibt ein wichtiges Thema. Die Europäische Kommission wird im Herbst Vorschläge für einen Gesundheitscheck der gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik vorlegen. Hier setzen wir vor allem auf die Weiterentwicklung der Cross-Compliance-Regelungen aber auch auf die Auflagen der Mindestbewirtschaftung. Im nächsten Jahr findet in Deutschland die Vertragsstaatenkonferenz des UN-Übereinkommens über die Biologische Vielfalt statt sowie das vierte Treffen der Mitglieder des Catagena-Protokolls über biologische Sicherheit. Unter anderem werden wir in einer „Naturallianz“ an den Problemen schwindender Biodiversität arbeiten. Aktuell wichtige Themen im Bereich Lebensmittel und Ernährung sind die Reform der Gesetzgebung im Bereich Lebensmittelkennzeichnung. Darunter besonders die Diskussion um die vereinfachten Symbole für die Nährwertkennzeichnung, das sogenannte Sign-Posting. Besonders verbraucherrelevant ist auch das Thema Preisentwicklung. Hier benötigen Verbraucherinnen und Verbraucher unseren Schutz, damit nicht durch eine fehlende Transparenz unberechtigte Preiserhöhungen durchgesetzt werden.

Rainer Münch

Wie kann sich der Pflanzenbau auf den Klimawandel einstellen?

Dr. Uwe Schleuß*

Das Thema dieses Jahres ist der Klimawandel und so stand auch die diesjährige Pflanzenbautagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft am 20.06.2007 unter dem Rahmenthema „Klimawandel – Strategien für den deutschen Pflanzenbau“. Anhand von Forschungsergebnissen wurden die für den Agrarstandort Deutschland zu erwartenden Klimaveränderungen, ihre Auswirkungen auf die Pflanzenproduktion und das Risikomanagement sowie weltweiter Züchtungsstrategien aufgezeigt.

Der Tagungsort Bernburg, in mitten der Magdeburger Börde, weist mit seinen Löss-Schwarzerden (schluffiger Lehm, Bodenzahl: 85 – 100) ideale pedologische Bedingungen für die pflanzliche Erzeugung auf. Durch die Lage im Regenschatten des Harzes ist die Wasserversorgung bei einer durchschnittlichen Jahresniederschlagsmenge von 486 mm (langjähriges Mittel von 1957 bis 2006) und einer durchschnittlichen Jahresmitteltemperatur von 9,3°C an diesem Standort der ertragslimitierende Faktor.

DLG-Präsident Carl-Albrecht Bartmer wies auf die Zusammenhänge von Klimawandel und steigenden Ansprüchen an die landwirtschaftlich genutzten Ressourcen hin. Den durch die Klimaänderungen induzierten Einflüssen sei der Pflanzenbau quasi „ungeschützt“ ausgesetzt. Da einerseits die weltweit verfügbare landwirtschaftliche Nutzfläche durch Degradationen und Klimaveränderungen bei gleichzeitigem Anstieg der Weltbevölkerung zurückgeht und andererseits die Landwirtschaft neben der Nahrungsmittelproduktion zusätzlich einen Beitrag zur Energiebereitstellung leisten soll, sei eine Neugewichtung der Landwirtschaft unumgänglich.

Die sachsen-anhaltinische Landesregierung unterstützt nach Worten von Ministerpräsident Wolfgang Böhmer alle Bemühungen, den Klimaänderungen entgegenzuwirken. Er sieht Sachsen-Anhalt im Forschungsbereich mit der Bundesanstalt für Züchtungsforschung (Quedlinburg), den Leibniz-Instituten für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (Gatersleben) bzw. für Pflanzenbiochemie (Halle), der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Hochschule Anhalt (Bernburg) und der Landesanstalt für Landwirtschaft, Gartenbau und Forsten (Bernburg) gut aufgestellt. Des Weiteren betonte Böhmer, dass die Auswirkungen des Klimawandels nicht mehr aufgehalten, sondern nur abgemildert werden können. Sachsen-Anhalt setzt vor allem darauf, dass sich die durch den Klimawandel erwartete Folge eines Temperaturanstieges bis zum Jahre 2100 auf 2°C begrenzen lässt.

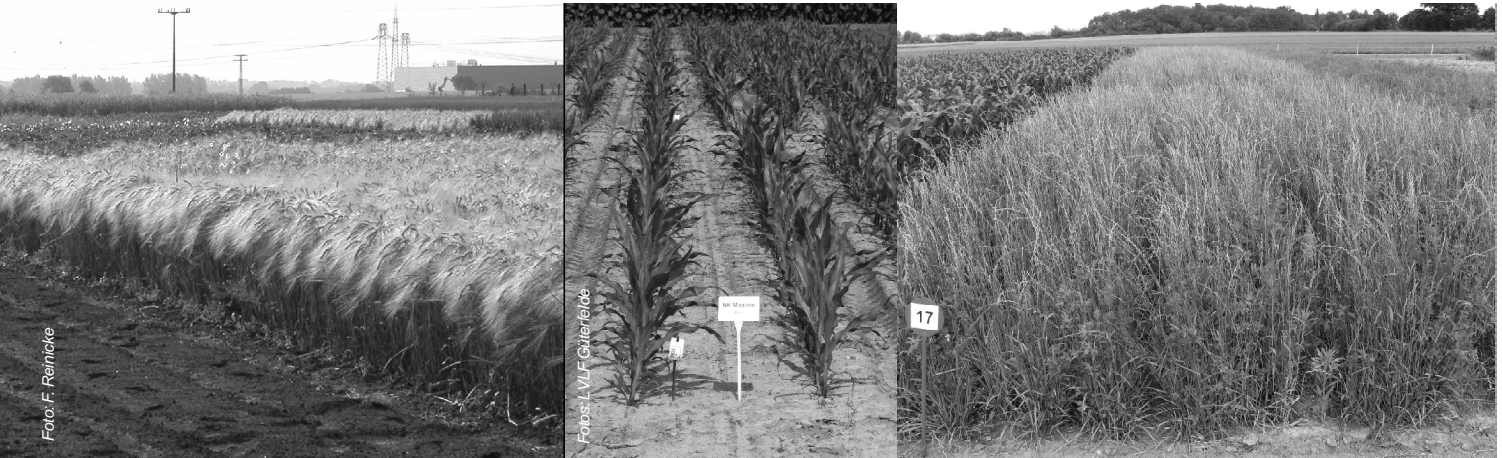
Welche Entwicklungen werden für den Agrarstandort Deutschland vorhergesagt?

Dr. Frank Wechsung, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, stellte die für die Landwirtschaft zu erwartenden Klimaänderungen in den nächsten Jahrzehnten auf Basis der IPCC-Berichte dar:

- Anstieg der globalen Mitteltemperatur in der bodennahen Luftschicht;
- Änderung der Temperaturverteilung im Jahr (z. B. längerfristige Hitzeperioden);
- Zunahme klimarelevanter Treibhausgase (CO₂, CH₄, N₂O);
- Veränderung der Niederschlagsmenge und -verteilung (besonders für Trockengebiete von größter Wichtigkeit);
- Zunahme der Extremwittersituationen (z. B. Hagel, Sturm, Dürre).

Er verwies auf die Schwankungen von Klimaparametern in Einzeljahren und beschrieb die nach wie vor in den Modellannahmen und -berechnungen vorhandenen Unsicherheiten. Sowohl Mitteleuropa als auch Deutschland zählen nicht zu den Hauptbetroffenen

* Dr. Uwe Schleuß, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, Fon (0431) 988 49 31, E-Mail uwe.schleuss@mlur.landsh.de



des Klimawandels. In den ostdeutschen Bundesländern wird für die Vegetationsperiode allerdings ein Rückgang der Niederschläge prognostiziert, so dass der ohnehin schon knappe Faktor Wasser in der Produktionstechnik eine zunehmende Bedeutung erhalten dürfte. Als „Gewinner“ des Klimawandels betrachtet Wechslung den Körnermais, die Direktsaat und, falls die gesetzlichen Rahmenbedingungen dies zulassen, die Gentechnik.

Was bedeutet das für den Acker- und Pflanzenbau?

Prof. Dr. Olaf Christen, Universität Halle-Wittenberg, ging in seinem Beitrag auf die besondere Anpassungsfähigkeit des Pflanzenbaus ein, die vor allem folgende Bereiche betreffen:

- veränderte Anbauwürdigkeit von Kulturarten und Sorten;
- Fruchtfolgegestaltung;
- Anbautechnik, z. B. wassersparende und humusschonende Bodenbearbeitung;
- Aussaatverfahren und Managementmaßnahmen (Düngung, Pflanzenschutz);

- Auftreten neuer Schad- und Krankheitserreger sowie Begleitflora;
- stärkeres Wirkungsrisiko beim Einsatz von Produktionsmitteln (z. B. Starkregen).

Auch er verwies auf die Limitierungen, die die bisherigen Modellergebnisse aufweisen. Bei einer Bewertung solcher Ergebnisse gilt es u. a. zu berücksichtigen, dass:

- nicht alle Kulturarten in den Modellen erfasst werden;
- kurzfristige Tendenzen ausgeblendet werden;
- keine Aussagen zu den Wechselwirkungen verschiedener Einflussgrößen möglich sind (z. B. Kulturart vs. Schaderregerpopulation).

Christen stellt heraus, dass die Landwirtschaft zu den Mitverursachern des Klimawandels zählt, vor allem in Bezug auf die klimarelevanten Gase Methan und Lachgas. So ist eine erhöhte N-Düngung mit ansteigenden Lachgasemissionen verbunden.

In Deutschland liegt der Anteil der Landwirtschaft an den Gesamtemissionen nach Berechnungen von Wegener (2006)¹ für das Jahr 2004 bei 6,3 bzw. 11 % (je nach verwendeter Datenbasis). Ursächlich ergibt sich diese unterschiedliche Einschätzung aus der international abgestimmten Definition der Emissionsquellgruppen, da die Quellgruppe Landwirtschaft demnach nur die Bereiche „Tierische Verdauung“, „Wirtschaftsdüngermanagement“ und „landwirtschaftlich genutzte Böden“ umfasst. Die aber ebenfalls für die Landwirtschaft wichtigen Bereiche „Energieemission“ und „Landnutzungsänderung“ werden in anderen Quellgruppen berücksichtigt. Zwischen dem Kyoto-Basisjahr 1990 und 2004 hat die Quellgruppe Landwirtschaft ihre Emissionen um 18,5 % verringert.

¹ Wegener, J-K. (2006): Treibhausgas-Emissionen in der deutschen Landwirtschaft – Herkunft und technische Minderungspotenziale unter besonderer Berücksichtigung von Biogas. Diss., Fakultät für Agrarwissenschaften, Universität Göttingen, 76 S.

Welche Möglichkeiten bietet die Pflanzenzüchtung, um auf die Herausforderungen zu reagieren?

Eine besondere Rolle bei den Anpassungsstrategien wird der Pflanzenzüchtung zukommen. Hierzu stellten Dr. Ralf Schachschneider, Nordsaat Saatzüchtungsgesellschaft mbH, und Dr. Wolfgang Voegler, Monsanto Agrar Deutschland GmbH, Ergebnisse und Analysen vor. Einerseits werden die Anforderungen an die Resistenzzüchtung durch neue Schad- und Krankheitserreger zunehmen, andererseits sind in vielen Regionen Anpassungen an den Trockenstress von enormer Bedeutung. Die für Selektionen erforderliche genetische Variabilität im Zuchtmaterial dürfte bei allen Kulturarten vorhanden sein. Sortenzüchtung erfordert aber Zeit und verlässliche Rahmenbedingungen. Wer beispielsweise im Jahr 2007 mit der Neukonzeption einer Sorte beginnt, wird nach Ansicht Schachschneiders frühestens 2018 damit auf den Markt gelangen. Dabei ist von den Züchtern schon heute abzuschätzen, wie sich die Märkte (erwartete Nachfrage) entwickeln, welche Herausforderungen den Pflanzenbau zukünftig bestimmen (Aussaattermin, Bearbeitung, Fruchtfolge) und welcher gesetzliche Ordnungsrahmen vorhanden sein wird. Die klassischen Zuchtziele Ertrag, Qualität, Resistenz und agronomische Merkmale (z. B. Frosthärte) bleiben bestehen. Voegler wies darüber hinaus darauf hin, dass Züchtung international angelegt ist und weltweit Züchtungsstrategien unter Nutzung gentechnischer Methoden eine hohe Bedeutung beizumessen sei, was besonders auf die Gebiete Resistenzzüchtung, Trocken- und Kältestress-Toleranzen sowie Gestaltung von Pflanzeninhaltsstoffen zutrefte.

Müssen die Risiken anders gewichtet werden?

Aus Sicht der Versicherungswirtschaft wies Thomas Gehrke, Bezirksdirektor Berlin, Vereinigte Hagelversicherung, auf die unterschätzten Risiken für den landwirtschaftlichen Betrieb hin. Angesichts der von Experten für Deutschland geschätzten Schadenssumme für Wetterextreme von 1991-2006 von ca. 7,6 Mrd. € (474 Mio. €/Jahr), wobei durch Trockenheit bedingte Schäden eine besondere Bedeutung erlangt haben, forderte er ein besseres Risikomanagement. Nur etwa ein Viertel der Schäden sind in Deutschland über Versicherungen gedeckt. In etlichen europäischen Nachbarländern werden seit Jahren Mehrgefahrenversicherungen mit staatlicher Prämienstützung mit Erfolg für die Landwirtschaft angeboten. In den USA ist heute beispielsweise mehr als 80 % der versicherbaren Fläche gegen Naturgefahren abgesichert. Die deutsche Versicherungswirtschaft hat ein neues Tarifmodell entwickelt, bei dem das regionalspezifische Schadenspotenzial in Beziehung gesetzt wird zu regionalen Standortfaktoren (Boden, Geländeneigung) und der Empfindlichkeit der Kulturen.

In den Arbeitskreisen wurden Anpassungsstrategien und Reaktionsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe diskutiert. Auf trockenen Standorten bereitet die Vorsommertrockenheit besondere Probleme. In diesem Zusammenhang wiesen Praktiker aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt darauf hin, dass mit weitgehend pflugloser Bodenbearbeitung und tiefer Lockerung zu Raps eine optimale Durchwurzelung sichergestellt werden kann. Auch eine längere Vegetationszeit durch frühe Aussaaten im Herbst muss in die Bemühungen um eine effiziente Wassernutzung und eine

Sicherung des Bodenwasseraufnahmevermögens einbezogen werden, wobei mit diesen Aussaatterminen in Regel auch Veränderungen im Krankheits- und Schaderregerbefall einhergehen.

Von den Praktikern wurde weiterhin darauf hingewiesen, dass die Versorgung der Pflanzenbestände mit Mikronährelementen (z. B. Mangan) infolge der Vorsommertrockenheit gefährdet sein könnte. Zukünftig dürfte sich die Attraktivität des relativ trockenheitsresistenten Winterroggens auf sandigen Standorten erhöhen; ebenso wird sich die Anbaugrenze des wärmeliebenden Körnermaises aufgrund der prognostizierten höheren Temperaturen nordwärts verlagern – mit der Folge einer deutlichen Anbauausdehnung.

Als Option für die Zukunft sehen einige Praktiker auch den Anbau von Winterroggen und Körnermais an.

Die Einzelbeiträge der Pflanzenbautagung werden in Kürze auf der Internetseite der DLG unter www.dlg.org verfügbar sein.

Forum „Lernort Bauernhof“ auf Bundesebene – Aufgaben und Erfolgsaussichten

Prof. Dr. Hermann Schlagheck*



Fotos: Internationaler Schulbauernhof

1. Wer macht mit?

Vor gut einem Jahr wurde unter dem Dach der i.m.a (information.medien.agrar e.V.) in Bonn ein Forum „Lernort Bauernhof“ eingerichtet. Beteiligt sind alle Verbände und Organisationen, die in irgendeiner Weise damit befasst sind, der übrigen Bevölkerung die praktische Landwirtschaft in Deutschland nahe zu bringen. Am „runden Tisch“ arbeiten vier Gruppen zusammen: Verbände wie Deutscher Bauernverband, LandFrauen und Landjugend; Organisationen, die zahlreiche Info-Materialien zur Verfügung stellen wie aid, i.m.a, FNL (Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft e.V.); die Bildungseinrichtungen Andreas Hermes Akademie in Bonn-Röttgen und die Evangelische Landjugendakademie Altkirchen sowie weitere Organisationen mit unterschiedlicher Zielsetzung wie die Bundesarbeitsgemeinschaft „Urlaub auf dem Bauernhof“, die Bundesarbeitsgemeinschaft „Lernort Bauernhof“ (BAG-LoB) und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

2. Was wollen wir erreichen?

Jungen Menschen direkt auf Bauernhöfen einen realistischen Einblick in die Situation der Landwirtschaft zu geben, ist ein wichtiges berufsständisches, vor allem auch gesamtgesellschaftliches Ziel. In kaum einem anderen Beruf sind die Prinzipien von Nachhaltigkeit besser zu vermitteln. Die Bandbreite der Möglichkeiten, Wissen über Landwirtschaft zu vermitteln, ist vielfältig und reicht von kurzzeitigen Hofführungen (1 ½ - 2 Stunden) über halb- und ganztägige schulische Projekttage bis hin zu mehrtägigen Aufenthalten mit Übernachtungen.

Uns geht es im Forum nicht um die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit des Berufsstandes. Unsere Aufgabe sehen wir insbesondere darin, die Möglichkeiten für handlungsorientiertes Lernen auf Bauernhöfen zu verbessern. Denn Tatsache ist, dass heutzutage im Wesentlichen durch „Miterleben und Mitmachen“ das Leben und

Arbeiten auf Bauernhöfen wirkungsvoll vermittelt werden kann. Ziel eines handlungsorientierten Konzepts sind deshalb vor allem Kinder und Jugendliche in Kindergärten und Schulen. Schlüsselpersonen für den Erfolg sind insoweit die Leitungen dieser Einrichtungen und darüber hinaus die Behörden, die für die Inhalte zuständig sind, die in den Schulen vermittelt werden. Mit der zunehmenden Zahl an Ganztagschulen mit Unterrichtseinheiten außerhalb der Schulgebäude gewinnt dieser Aspekt noch an Bedeutung.

Mittlerweile sind wohl alle landwirtschaftsnahen Organisationen auf dem „Trip“, einen Beitrag zum „Lernort Bauernhof“ zu leisten. Das Angebot an Medien (Broschüren, Newsletter, Handbücher usw.) für Lehrer, Schüler, Anbieter von „Lernen auf dem Bauernhof“ ist so breit, dass es bereits zu viel des Guten ist. Und die von Bundesland zu Bundesland unterschiedlichen Bezeichnungen tun ein Übriges, bei den Nachfragern für Verwirrung zu sorgen.

* Prof. Dr. Hermann Schlagheck, Fon (02254) 1877, E-Mail Fam.Schlagheck@gmx.de

3. Woran arbeiten wir konkret?

- Regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch über neue Aktivitäten und Ergebnisse bisheriger Aktivitäten.
- Dadurch mehr Transparenz, um besser einzuschätzen, wie und wo sich jede Organisation so einbringen kann, dass das Gesamtergebnis verbessert wird.
- Konzentration der Kräfte, Vermeidung von Doppelarbeit.
- Synergieeffekte nutzen durch stärkere Verzahnung von Aktivitäten; Arbeitsteilung.
- Gemeinsames, länderübergreifendes Ansprechen, Einbeziehen wichtiger Kooperationspartner wie Kultusbehörden, Lehrerverbände, Schulträger.
- Unterstützung modellhafter Aktivitäten in einzelnen Regionen; gemeinsame Analyse der Ergebnisse.
- Definition von und Verständigung auf Qualitätsstandards (Kriterien werden allerdings je nach Aktivitäten sehr unterschiedlich sein).
- Gemeinsame Internetplattform (die regelmäßig zu aktualisieren ist!).

4. Wo stehen wir?

In einem ersten Schritt haben wir durch einen intensiven Erfahrungsaustausch herausgearbeitet, wo Doppelarbeit besteht und wie diese vermieden werden kann. Wichtig war uns dabei auch, zu klären, wer was wann an Unterstützung braucht. Das Ergebnis ist:

- a) Landwirtschaftliche Unternehmerfamilien, die mit ihren Betrieben Öffentlichkeitsarbeit für den Berufsstand in Form von Hofführungen oder Betriebsbesichtigungen leisten. Die Familien können den Erwartungen der Besucher umso besser entsprechen, je intensiver sie auf ihre Aufgabe vorbereitet werden und je besser sie mit aktuellen Info-Materialien versorgt werden.
- b) Landwirtschaftliche Unternehmerfamilien, die mit Schulen und Kindergärten im Rahmen von Projekten zusammenarbeiten.
- c) Landwirtschaftliche Unternehmerfamilien, die „Urlaub auf dem Bauernhof“ anbieten.
- d) Landwirtschaftliche Unternehmerfamilien, die auf dem Betrieb Übernachtungsmöglichkeiten für Schulklassen anbieten und die intensiv in die Bewirtung und pädagogische Betreuung der Schulklassen eingebunden sind (Schulbauernhöfe).
- e) LandFrauen, die in den Schulunterricht integriert sind, um über spezielle Aspekte der Ernährung, der Landwirtschaft usw. zu informieren.
- f) Spezielle Schulung von Lehrpersonen zu agrarischen Themen (CMA).
- g) Erstellung und Versand von Info-Materialien zu agrarischen Themen und zu Themen der Ernährung.

- h) Bundeszentrale Informationsveranstaltungen zum Thema Lernort Bauernhof/Lernen auf dem Bauernhof.

Aus den bisherigen Erkenntnissen resultiert z. B. bereits eine verbesserte Zusammenarbeit der Andreas Hermes Akademie und der Evangelischen Landjugendakademie bei Lehr- und Informationsveranstaltungen zum „Lernort Bauernhof“. Ein Modellvorhaben zur Fortbildung interessierter Anbieter von „Lernort Bauernhof“ ist konzipiert. Eine gemeinsame Internetplattform wird in Kürze zur Verfügung stehen. Erste Diskussionen über Qualitätsstandards haben stattgefunden.

5. Wie geht es weiter?

Es fällt den seit längerem mit dem Thema „Lernen auf dem Bauernhof“ befassten Organisationen nicht so leicht, eingefahrene Gleise aufzugeben und auf mehr gemeinsame Aktivitäten und auf Arbeitsteilung zu setzen. Daran müssen wir intensiv weiterarbeiten.

Eine andere Erkenntnis ist, dass die wichtige Zielgruppe Schulen nur dann überzeugt werden kann, die Dienstleistung „Lernort Bauernhof“ in Anspruch zu nehmen, wenn wir nachweisen können, dass

- Lernen auf dem Bauernhof ein wichtiger Beitrag zur Nachhaltigkeitsbildung ist und
- die angebotene Leistung hervorragend in Schulprogramme und Lehrpläne passt.

Dies wird ein Arbeitsschwerpunkt in nächster Zeit sein (müssen), wohl wissend, dass der Erfolg letztlich vom Vertrauensverhältnis zwischen Lehrpersonen und landwirtschaftlichen Familien vor Ort abhängt. ■



Umstellungshindernisse im Gemüsebau

Dr. Iris Lehmann*

Die ständig steigende Nachfrage nach Öko-Produkten wird derzeit weitgehend durch Importe oder durch Flächen-Ausdehnung bereits ökologisch wirtschaftender Betriebe gedeckt. Dagegen wagen es nur wenige Gärtner und Landwirte, neu von konventionellem auf ökologischen Anbau umzustellen. Gründe dafür hat Dr. Bettina König, Fachgebiet Ökonomik der gärtnerischen Produktion, Humboldt-Universität zu Berlin, im Rahmen eines vom Bundesprogramm Ökologischer Landbau geförderten Projektes gesucht.¹

Bettina König führte knapp 70 intensive Gespräche mit Beratern, Vertretern des Handels und vor allem Betriebsleitern durch, um zu erfahren, welches die Gründe für die Zurückhaltung der Gärtner und Landwirte bei der Umstellung auf Öko-Gemüseanbau sind. Unter den Befragten waren erfolgreiche Umsteller, aber auch zehn Betriebsleiter, die sich nach einer Erstberatung gegen eine Umstellung entschieden hatten.

Ökonomische Gründe nachrangig für Umstellung

Zunächst untersuchte König, wie der Entscheidungsprozess bei einer Betriebsumstellung im Gemüsebau vor sich geht. Von der ersten Überlegung des Betriebsleiters, zu der i. d. R. ein Anstoß von außen notwendig sei, so König, dauere es bis zur endgültigen Entscheidung nicht selten mehrere Jahre. Bei drei der Befragten war die Nachfrage nach ihren Produkten so stark gestiegen, dass die jeweiligen Großhändler auf die Betriebe zugehen, um Bio-Lieferanten zu gewinnen. König zitiert aus ihrer Befragung einen Landwirt: „Im Grunde war es ein Großhändler. Der hat immer gesagt: ‚Mach mir bio! Mach mir bio!‘“

Je nachdem, wie weit sich ein Betrieb bereits mit einer möglichen Umstellung befasst hat und wie klar die strategisch günstige Gelegenheit eines frühen Markteinstieges erkannt wird, desto schneller vollzieht sich dann der Entscheidungsprozess. Auf die immer wieder verbreitete These, die Landwirte und Gärtner die derzeit umstellten, würden dies nur aus wirtschaftlichen Gründen tun, reagierte mancher Befragte genervt, wie König anhand des Zitats eines Beraters zeigt: „Die älteren Bio-Betriebe sagen manchmal: ‚Aha, jetzt kommen die Neuen. Die machen das alles nur wegen des Geldes.‘ Das ist Quatsch. Es hängt ganz oft eine persönliche Geschichte dahinter, warum jemand umstellt.“ Zwar hätten die meisten Betriebe ein „wirtschaftliches Grunddenken“ und hätten verstanden „worum es geht“, trotzdem sei es ihr persönliches Interesse, Biogemüse zu produzieren.

Betriebswirtschaftliche Daten für Umstellungswillige wichtig

Während sich die Landwirte und Gärtner, bevor sie sich mit einer Umstellung konkret befassen, dem Thema mehr oder weniger zufällig über Zeitschriften, Kollegen oder Berater nähern, wird mit zunehmendem Interesse gezielt nach Informationen zum ökologischen Anbau gesucht und entsprechende Bücher, Zeitschriften, Broschüren oder Internetseiten genutzt. Eine Zäsur in diesem Prozess der Annäherung stellt für König der Moment dar, in dem der Landwirt oder Gärtner beschließt, sich mit der Idee einer potenziellen Umstellung „an die Öffentlichkeit“ zu wagen. In dieser Phase wird auch konkretes Wissen über die Machbarkeit von ökologischem Gemüsebau sowie die Machbarkeit unter den jeweiligen betrieblichen Gegebenheiten wichtig. Von Fragen zu Pflanzenschutz und Düngung, über Informationen zur Marktentwicklungen, betriebswirtschaftlichen Daten oder Vermarktungsmöglichkeiten bis hin zum formalen Weg einer Umstellung ist nun alles gefragt. Insbesondere zur Betriebswirtschaft gab es bislang nur wenig belastbares Datenma-

* Dr. Iris Lehmann, freie Journalistin, Bonn, Fon (0160) 96 25 01 77, E-Mail iris.lehmann@ecotext.de

¹ König, Bettina: Bestimmungsfaktoren für den Übernahmeprozess nachhaltiger Produktionsverfahren und Prozessinnovationen im Gartenbau. Aachen: Shaker 2006, 318 S. (Forschungsberichte zur Ökonomie im Gartenbau: 92)



Foto: J. Fehring



Fotos: O. Schmidt



Obst- und Gemüseanbau

terial, was die Umsteller in der Befragung von König kritisierten: „Ich habe die zwei Jahre gar nicht so geplant,“ zitiert sie einen Landwirt, „ich denke, der Ungewissheitsfaktor ist so groß, dass man einfach sagt: die ersten zwei Jahre geht man so durch.“ Er wäre froh, wenn es eine übersichtliche Kostenkalkulation für den Gemüsebau gäbe, meint der Landwirt. Mit dem, was er bislang in den Büchern gelesen habe, vor allem auch in denen, die ihm von der Beratung empfohlen worden seien, sei er überhaupt nicht zufrieden. – Doch in diesem Punkt werden Praktiker wie Berater spätestens bis Ende 2007 deutlich bessere Bedingungen haben. Gleich in zwei Projekten, die im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau durchgeführt werden, werden die gewünschten Daten inzwischen erhoben und systematisch ausgewertet.

Fehlende Vermarktungsstrukturen großes Hemmnis

Besonders die Interviews, die Bettina König mit den Betriebsleitern geführt hat, die die Umstellung zuletzt nicht realisiert haben, können Aufschluss über die entscheidenden Hemmnisse geben – wobei meist nicht nur ein Grund genannt wurde. Die Wissenschaftlerin hat die in diesen Interviews genannten Gründe für die Ablehnung aufgearbeitet und grob in drei Kategorien eingeteilt:

1. mangelnde Gelegenheit oder ein infolge verschiedener Faktoren ungünstiger Zeitpunkt für die Entscheidung (3 Betriebe),
2. aus der Betriebsstruktur resultierende Schwierigkeiten und Hindernisse (4 Betriebe) sowie
3. dem Bereich strategischer Probleme zuzuordnende Hindernisse (7 Betriebe).

Ein strategisches Problem kann z. B. die gerade erreichte Phase der Betriebsentwicklung sei, die Behinderung der Flexibilität des Betriebes als ein wichtiges Prinzip oder auch aktueller Erfolg im konventionellen Bereich, den man mit einer Umstellung nicht ohne Not gefährden will.

Doch besteht noch ein weiteres – von der Betriebswirtschaft unabhängiges – Hemmnis für die Umstellung: Nach wie vor kämen auch soziale Aspekte des Übertretens von der „konventionellen“ zur „ökologischen“ Gruppe zum Tragen. Für umstellungsinteressierte Betriebsleiter sei der Austausch mit den Öko-Kollegen von zentraler Bedeutung, um praxisnahe Information zu bekommen und in die neue soziale Bezugsgruppe integriert zu werden. Allerdings zeichnet sich hier vielleicht ein Problem ab, fürchten Landwirte und Gärtner: „Generell ist es so, glaube ich, dass die Betriebe, die schon länger biologisch produzieren, ein bisschen Angst bekommen, wenn wir Neuen dazukommen,“ formuliert ein Umsteller vorsichtig im Interview.

Berater als Bindeglied zwischen Betriebsleitern

Dem Berater könnte eine wichtige Rolle als Bindeglied zukommen. Allerdings ist die bundesland-spezifische Beratung sehr unterschiedlich strukturiert. Das bedeutet, dass Umstellungsinteressierte unter Umständen gleich mehrere Berater vorfinden oder auch keinen. Problematisch schätzten Landwirte und Gärtner in den Interviews die geringe Spezialisierung der Öko-Beratung ein. Die Aufgabenbreite der Gemüseberatung sei z. B. inhaltlich wie räumlich so weit gefasst, dass üblicherweise keine besondere Fokussierung auf die Umstellungsberatung möglich sei.

Die Wissenschaftlerin kommt zu folgendem Fazit: „Eine kompetente Beratung ist ein wichtiges Argument für Betriebsleiter, einem Anbauverband beizutreten und Mitglied zu werden. Mit dem weiteren Wachstum des Öko-Marktes werden sich auch die sozialen Prozesse zur Wahrung von Innovationssprüngen verstärken. Die in den bisherigen Entscheidungen zur Umstellung zentrale Rolle von Öko-Kollegen als Katalysator des Entscheidungsprozesses wird weiter zurückgehen. Sie kann teilweise durch andere Informationsangebote kompensiert werden, z. B. für den Gemüsebau entsprechend aufbereitete Informationsmaterialien im Internet und eine kompetente Beratung.“

Immobilienmakler als Akteure der Entwicklung ländlicher Räume

Ralf Pfeiffer*

Die Problematik des Leerstandes ehemals landwirtschaftlich genutzter Immobilien in den ländlichen Räumen war Anlass, den Immobilienmarkt in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu rücken. Immobilienmärkte mit einem Überangebot an Immobilien sind entweder – im klassischen Sinne – Konsequenz einer mangelnden Nachfrage oder – nach Erkenntnissen der Vertreter des Transaktionskostenansatzes der Neuen Institutionenökonomik – die Folge einer unzureichenden Information ihrer Marktteilnehmer. Transaktionen finden deshalb nicht oder nur unter suboptimalen Bedingungen statt, weil den Marktteilnehmern wichtige Informationen für ihre Entscheidungen fehlen.¹ Die vorliegenden Ausführungen vertiefen den zweiten Erklärungsansatz von Marktungleichgewichten aus der Sichtweise der Immobilienmaklerbranche. Es wird der Frage nachgegangen, inwieweit Immobilienmakler über ihre Dienste Beiträge zur Lösung der aufgeworfenen Problemstellung leisten (können).

Altgebäude als Funktionsträger

Aufgrund des agrarwirtschaftlichen Strukturwandels steigt seit Jahren die Anzahl leerstehender, ehemals landwirtschaftlich genutzter Immobilien, sog. Altgebäude oder Althofstellen.² Da diese über ihre Nutzung wichtige Beiträge für den Erhalt der dörflichen

Siedlungsstrukturen liefern, kommt es bei einem dauerhaften Leerstand zu einem Verlust von Funktionen des ländlichen Raums. Ein Beheben der unzureichenden Informationsfunktion des Immobilienmarktes, welche zu diesem Leerstand geführt hat, bietet durch eine Revitalisierung brachliegender Altgebäude neue Chancen zur Mobilisierung bisher ru-

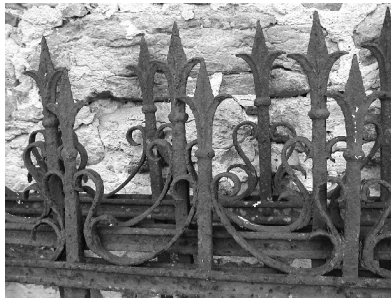
hender Potenziale für die ländlichen Räume. Aufgabe ist es deshalb, diese Altgebäude einer neuen Nutzung zuzuführen. Neuere Arbeiten zu diesem Thema betonen die Interdisziplinarität und Nachfragebestimmtheit der Leerstandsproblematik und rücken somit den Immobilienmarkt näher in die Betrachtung.³

* Dipl.-Kaufmann Ralf Pfeiffer, Fon (07938) 9926-0, Fax (07938) 9926-10, E-Mail ralf.pfeiffer@agrarimmobilien.info. Grundlage des Artikels bilden die Erfahrungen des Verfassers als Geschäftsführer des Unternehmens Pfeiffer & Koberstein Immobilien GmbH, Fachmakler für landwirtschaftliche Immobilien, sowie die Erkenntnisse des laufenden Promotionsverfahrens zum Thema „Die Bedeutung der Immobilienmaklerbranche für die Entwicklung der ländlichen Räume“.

¹ Vgl. Bonus/Pauk (1997), S. 37ff.

² Das Problem des Leerstands ist vorwiegend eine Herausforderung der ländlichen Räume im engeren Sinne, wogegen die ländlichen Räume in der Nähe von Ballungsgebieten sich eher der Gefahr einer „Verstädterung“ ihrer dörflichen Siedlungsstrukturen gegenübersehen.

³ Forschungsvorhaben „Umnutzungspotenziale landwirtschaftlicher Bausubstanz und ihre Bedeutung für die zukünftige Entwicklung ländlicher Räume“ im Auftrag des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (2005), durchgeführt vom Institut für Geographie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster unter der Leitung von Prof. Dr. Ulrike Grabski-Kieron, Orts-, Regional- und Landesentwicklung/Raumplanung (ORL).



Mangelnde Informationsfunktion als Lösungsansatz

Spricht man von Fehlfunktionen des Immobilienmarktes, so ist hier eine mangelnde Erfüllung der Informationsfunktion der Marktteilnehmer über den Kaufpreis, Nutzwert und Transaktionskosten für ihre Transaktionsentscheidungen gemeint. Informationsasymmetrien und -defizite zwischen bzw. von Marktteilnehmern haben nicht realisierte Transaktionen oder Transaktionen unter nicht optimalen Bedingungen zur Folge. Die folgenden Aussagen verdeutlichen diese Problematik:

Aussage 1:

Der Funktionsverlust ländlicher Räume ist auf zu große Informationsasymmetrien des Immobilienmarktes zurückzuführen.

Aussage 2:

Je erklärungsbedürftiger eine Immobilie (Komplexität), desto größer sind die Informationsasymmetrien zwischen den Marktteilnehmern und der Hang zu Opportunismus und begrenzter Rationalität.

Aussage 3:

Altgebäude führen aufgrund ihrer Komplexität zu hohen Transaktionskosten und suboptimalen Nutzungen und verhindern hierdurch wichtige Potenziale für die Region.

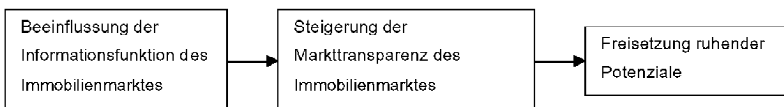
Aussage 4:

Die Allokationseffizienz (Leistungsfähigkeit) des Immobilienmarktes nimmt mit steigender Komplexität der Immobilien ab und macht ein Eingreifen von außen erforderlich.

Gelingt es, über eine Beeinflussung der Informationsfunktion des Immobilienmarktes, seine Markttransparenz trotz starker Inhomogenitäten zu erhöhen, so ließen sich ruhende Potenziale freisetzen. Abbildung 1 verdeutlicht diese Zusammenhänge.



Abbildung 1: Freisetzung ruhender Potenziale durch Beeinflussung der Informationsfunktion des Immobilienmarktes



Fotos: C. Busch, M. Busch, I. Fährning

Entscheidungen über Transaktionen als zentrale Eingriffsebene

Transaktionen über funktionslos gewordene Altgebäude lassen sich als die eigentlichen Auslöser für Entwicklungspotenziale zum Funktionserhalt der ländlichen Räume festhalten. Die Realisierung von Transaktionen bedeutet das Finden von positiven Übereinkünften zwischen Anbietern und Nachfragenden und eröffnet Eingriffsmöglichkeiten für eine Beeinflussung der Informationsfunktion des Immobilienmarktes. Im Gegensatz zum Verkäufer, für den der Kaufpreis das alleinige Entscheidungskriterium für einen Verkauf seiner Immobilie darstellt, entscheiden sich Käufer nur dann für eine Immobilie, wenn diese ihnen auch den entsprechenden

Nutzen für ihre Vorhaben bringt. Erkenntnisse des laufenden Promotionsverfahrens sind, dass es verschiedene Wege zur Erhöhung der Markttransparenz gibt, jedoch ist festzuhalten, dass eine Erhöhung der Allokationseffizienz des Immobilienmarktes nur dann zu erwarten ist, wenn die Potenziale aus den gestiegenen Transaktionen auf Nutzwertoptimierungen zurückzuführen sind, d. h. auch eine Qualitätskomponente beinhalten.⁴ Ansatzpunkt für eine Einflussnahme und Steuerung der Dynamik des Immobilienmarktes sind somit die Entscheidungen der Käufer, eine Immobilie zu erwerben (und nicht die der Verkäufer), da nur über diese eine Beeinflussung der Informationsfunktion des Immobilienmarktes unter Optimierungskriterien zu erwarten ist.

Immobilienmakler als Gewinnmaximierer und Entwicklungsträger ländlicher Räume

Wie die praktischen Erfahrungen des Verfassers zeigen, erzielen Immobilienmakler über eine stärkere Kundenorientierung ihrer Vermarktungsaktivitäten⁵ (Anzeigenwerbungen und Angebotserstellungen) höhere Einnahmen. Indem Immobilienmakler über Nutzwertoptimierungen nach Gewinnen streben, tragen sie zu zusätzlichen Potenzialen für die Entwicklung der ländlichen Räume bei. Tabelle 1 zeigt die Handlungsparallelen zwischen Maklerdiensten und der Aufgabe zum Funktionserhalt ländlicher Räume.

Tabelle1: Handlungsparallelen zwischen Maklerdiensten und der Aufgabe zum Funktionserhalt ländlicher Räume

	Immobilienmaklerdienste	Aufgabe zum Funktionserhalt ländlicher Räume
Zielssetzung/ Problemsituation	Gewinnmaximierung/ Zunehmender Wettbewerb durch Technologisierung	Realisierung von Entwicklungspotenzialen/ Funktionsverlust ländlicher Räume
Handlungsgrundlage	Unsicherheiten des Immobilienmarktes für Käufer	
Lösungsansatz	Ausgleich der unzureichenden Informationsfunktion des Immobilienmarktes	
Einflussmöglichkeiten	Entscheidungen über Transaktionen von Kaufinteressenten	
Optimierungsvariable	Nutzwert	
Optimierungsprinzip	Maximale Gewinne mit gegebenen Produktionsfaktoren	Maximale Potenziale mit gegebenen Ressourcen (Immobilien)
Instrument	Vermarktungsoptimierung (Mappingprozess) ⁶	

⁴ Die Allokationseffizienz ist ein Ausdruck dafür, inwieweit Immobilien an den „Ort“ ihrer größten Nutzenstiftung geleitet werden. Als Leistungsmaßstab des Immobilienmarktes kann sie als Zielsetzung der Einwirkungsbestrebungen in die Informationsfunktion des Immobilienmarktes verstanden werden. Sie wird als Quotient zwischen den Potenzialen und der Anzahl realisierter Transaktionen definiert.

⁵ Zur ausführlichen Beschreibung von Maklerdiensten und ihrer Grundlagen vgl. Pfeiffer (2007).

⁶ Ein Mappingprozess wird als ein Zusammenführungsprozess zwischen Nutzungsgesuchen und -angeboten verstanden. Zu dessen Ausrichtung für eine optimierte Darstellung des Nutzwertes vgl. Pfeiffer (2007).

Wirkungen von Maklerdiensten auf die Funktionsweise des Immobilienmarktes

Zur Analyse der Wirkungen von Maklerdiensten auf die Funktionsweise des Immobilienmarktes sind im Einzelnen nachfolgende aufeinander aufbauende Arbeitsschritte vorzunehmen:

Schritt 1: Darstellung der Effekte einer Nutzwertsteigerung auf dem Markt für Maklerdienste

Aufgrund der optimierten Darstellung des Nutzwertes einer Immobilie durch Maklerdienste erhöht sich die Wahrscheinlichkeit einer Angebotsannahme durch Kaufinteressenten. Die an Immobilienmakler herangetragenen Immobiliengesuche steigen, wobei die Anzahl ihrer Vermarktungsobjekte unberührt bleibt, so dass sich eine neue Gleichgewichtssituation auf dem Markt für Maklerdienste bei höheren Immobilienverkäufen mit geringeren Provisionen einstellt.⁷ Die reduzierte Provisionshöhe ergibt sich daraus, dass Immobilienmakler einen Teil ihrer höheren Einnahmen in Form von Preisreduktionen wieder an ihre Kunden abgeben. Bei ähnlichen Kostensituationen führen diese Preis- und Mengeneffekte zu höheren Gewinnen von Immobilienmaklern.

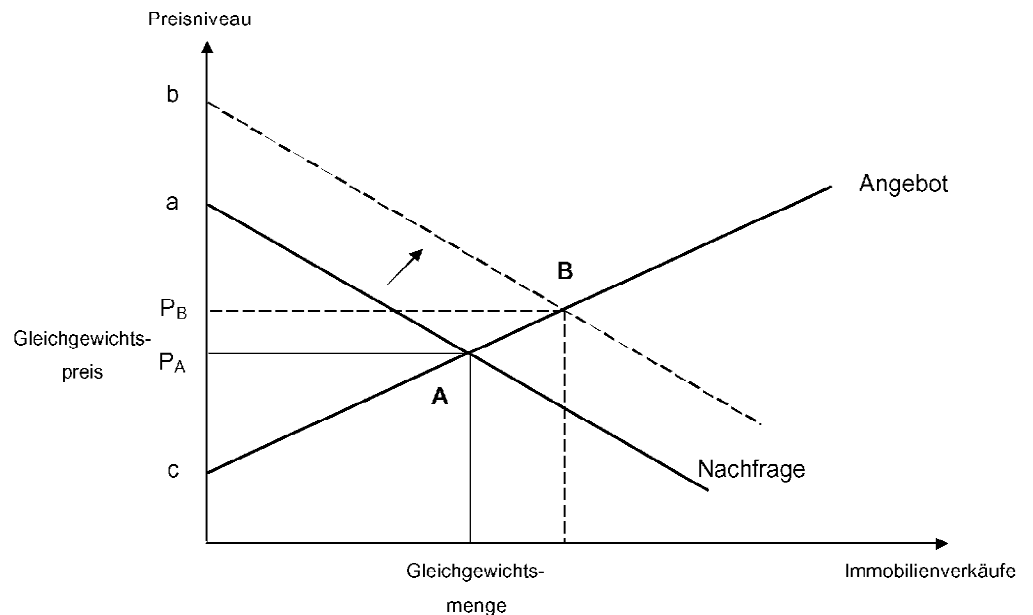
Schritt 2: Darstellung der Wirkungen auf Angebot, Nachfrage, Preisniveau und Gesamtwohlfahrt des Immobilienmarktes

Die zu erwartenden Effekte auf das Angebot, die Nachfrage und das Preisniveau des Immobilienmarktes aufgrund der Veränderungen auf dem Markt für Maklerdienste werden maßgeblich von den Gleichgewichtsbedingungen beider Märkte bestimmt.⁸ Ableitungen haben ergeben, dass der Gleichgewichtspreis des Immobilienmarktes, die Gesamtnachfrage und das Gesamtangebot und somit die Immobilienverkäufe insgesamt zunehmen. Abbildung 2 verdeutlicht diese Effekte.

Die Punkte A und B repräsentieren die Gleichgewichtssituationen des Immobilienmarktes vor bzw. nach Nutzwertsteigerungen.

Die Wohlfahrtswirkungen und zusätzlichen Funktionspotenziale für die ländlichen Räume lassen sich anhand des Konzeptes der Produzenten- und Konsumentenrente⁹ über komparativ-statische Betrachtungen der beiden Gleichgewichtssituationen A und B ermitteln: Die Gesamtwohlfahrt ohne Makler entspricht der Fläche aAc , jene mit Makler der Fläche bBc , wobei $aAc < bBc$ ist.¹⁰ Die Gesamtwohlfahrt durch Nutzwertsteigerungen ist somit – aufgrund gleichzeitiger Preis- und Mengeneffekte – größer als jene ohne das Eingreifen eines Immobilienmaklers. Ein Ansteigen des

Abbildung 2: Neue Gleichgewichtssituation des Immobilienmarktes nach Nutzwertsteigerungen durch Maklerdienste



⁷ Dies gilt unter der Annahme einer erfüllten Stabilitätskondition des Marktes, vgl. Wu u. a. (1996), S. 8.
⁸ Vgl. Wu u. a. (1996), S. 11ff.
⁹ Miceli verwendete dieses Konzept der Konsumenten- und Produzentenrente zur Messung der Wohlfahrtswirkungen auf dem Immobilienmarkt durch eine Senkung der Transaktionskosten. Für seine Analysen betrachtete er ausschließlich den Immobilienmarkt. Vgl. Miceli (1992), S. 523.
¹⁰ Die Konsumenten- und Produzentenrente ohne Makler ist aP_Ac bzw. P_AAc . Die Konsumenten- und Produzentenrente mit Makler ist bP_Bc bzw. P_BBc .

Preises lässt sich damit erklären, dass Käufer aufgrund des gestiegenen Nutzwertes bereit sind, einen höheren Kaufpreis zu bezahlen. Ganzheitlich lassen sich diese Effekte auf den beiden Märkten mit Hilfe eines „Vier-Quadranten-Diagramms“ veranschaulichen. Abbildung 3 zeigt eine schematische Darstellung dieses Modells.¹¹

Der Markt für Maklerdienste (Quadrant IV) ist als ein Teilsegment des Immobilienmarktes (Quadrant II) zu verstehen. Immobilienmakler gewinnen Anteile (Quadrant III) an Gesamtnachfrage und -angebot des Immobilienmarktes und nehmen durch ihre optimierte Informationsfunktion dieser Marktteilnehmer über Kaufpreis, Nutzwert und Transaktionskosten wiederum Einfluss auf die Funktionsweise des Immobilienmarktes. Es wird von einer allgemeinen Gleichgewichtssituation auf beiden Märkten (Quadrant I) ausgegangen.

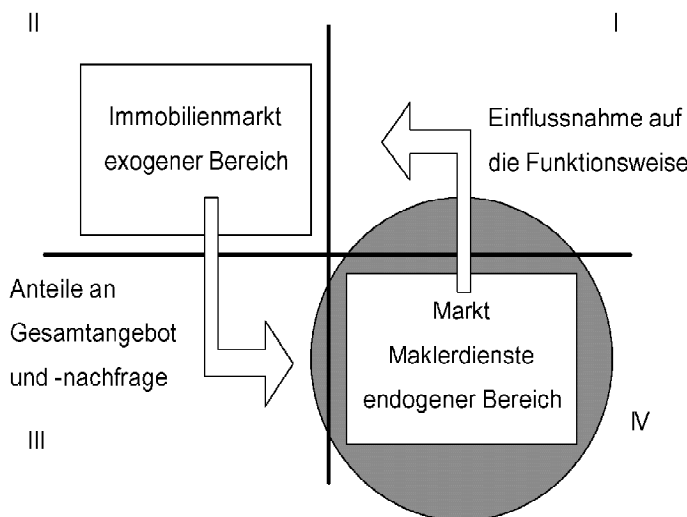
Schlussfolgerungen

Die Analysen zeigten, dass nutzwertorientierte Darstellungen von Immobilien zu Bestandsänderungen auf dem Immobilienmarkt führen und hierdurch Wohlfahrtseffekte für die ländlichen Räume bewirken.¹² Auslösende Momente für diese zusätzlichen Potenziale sind Entscheidungen über den Erwerb einer Immobilie von Kaufinteressenten. Folglich lassen sich Änderungen in der Leerstandsproblematik nur über eine stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen und Vorstellungen erreichen.

Eine Besonderheit von Altgebäuden ist ihre Doppelfunktion: indem sie individuelle Nutzungswünsche realisieren, tragen sie gleichzeitig zum Funktionserhalt der ländlichen Räume bei. Hierdurch bieten sich für Immobilienmakler als den Spezialisten des Immobilienmarktes und der ländlichen Räume neue Chancen.

Die fachliche Ausrichtung ihrer Dienste auf landwirtschaftliche Immobilien und gesellschaftspolitische Ziele der ländlichen Räume ermöglichen Immobilienmaklern eine gezielte Beeinflussung von Kaufentscheidungen auf dem landwirtschaftlichen Immobilienmarkt mit der Folge einer Reduzierung der sich verschärfenden Leerstandsproblematik von Altgebäuden.

Abbildung 3: Grundstrukturierung eines Vier-Quadranten-Diagramms für die Analyse der Wirkungen von Immobilienmaklern auf dem Immobilienmarkt



¹¹ Zur detaillierten Darstellung eines solchen Diagramms, vgl. Wu u. a. (1986), S. 11f.

¹² Inwieweit diese Wohlfahrtseffekte zu Funktionsbeiträgen führen, lässt sich erst im Nachhinein beziffern und ist abhängig von der Art der Nutzung. In diesem Zusammenhang soll auf die beiden kanadischen Studien Clayton Research Associates Limited (2005) sowie Economic Planning Group (2004) verwiesen werden, welche die Wirkungen von Maklerdiensten auf gesamtwirtschaftliche Zielgrößen empirisch ermittelten.

Literaturverzeichnis

- BONUS, Holger und H. PAUK (1997): Der Immobilienmakler in der Dienstleistungsgesellschaft: Gedanken zum Berufsbild des Maklers, Münster, 1997.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (Hrsg.) (2006): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2006. Münster-Hiltrup.
- CLAYTON RESEARCH ASSOCIATES LIMITED (2005): Economic impact of MLS home sales and purchases in Canada (2002-2004), research prepared for The Canadian Real Estate Association, Ontario, Canada.
- ECONOMIC PLANNING GROUP (2004): Economic impact of multiple listing service residential real estate sales in British Columbia, research prepared for the British Columbia Real Estate Association, British Columbia.
- MICELI, Thomas J. (1992): The Welfare Effects of Non-Price Competition among Real Estate Brokers, in: AREUEA Journal, Vol. 20 (1992), S. 519-532.
- OTT, Alfred E. und H. WINKEL (1985): Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Göttingen, 1985.
- PFEIFFER, Ralf (2007): Vermarktungsoptimierung eines Immobilienmaklers durch Nutzwertorientierung, In: EIPOS e. V. (Hrsg.): Wissenschaftliche Schriftenreihe Management.
- WU, Chunchi und P. COLWELL (1996): Equilibrium in Housing and Real Estate Brokerage Markets under Uncertainty, in: AREUEA Journal, Vol. 14, S. 1-23.

Ländlicher Raum profitiert vom Bundeswettbewerb „Unsere Stadt blüht auf“

Dr. Hans-Hermann Bentrup*

Der ländliche Raum – das sind Dörfer und freie Landschaft mit Land- und Forstwirtschaft! So die landläufige Vorstellung. Die Realität sieht aber anders aus. Die Dörfer sind im Zuge der Kommunalen Neuordnung häufig zu Stadtteilen kleiner oder mittelgroßer Städte geworden. Die Dorfbewohner kämpfen um die Identität ihres Ortes. Sie schaffen es – zum Glück – immer wieder, ihr Brauchtum, ihre Vereine, ihren sozialen Zusammenhalt zu bewahren und gegen die Übermacht der Stadt und in Konkurrenz zu anderen Dörfern in ihrer Stadt zu verteidigen. Das Mitgestalten ihres Gemeinwesens wird mangels politischer Kompetenzen und eigenständiger Finanzen immer schwieriger.

Der traditionelle Bundeswettbewerb „*Unser Dorf soll schöner werden – unser Dorf hat Zukunft*“ hilft dabei, die Identität eines Dorfes, auch wenn es „nur“ ein Stadtteil ist, zu bewahren und zu stärken. Nach wie vor mit großem Erfolg – seit über 50 Jahren für Dörfer unter 3 000 Einwohnern.

Seit 2001 gibt es für die Gemeinden und Städte mit mehr als 3 000 Einwohnern den Bundeswettbewerb „*Unsere Stadt blüht auf*“, der jedes Jahr durchgeführt wird. Seine Bewertungskriterien orientieren sich ähnlich wie beim Dorfwettbewerb an der *Agenda 21*, also an

den ökonomischen, ökologischen und sozialen Anforderungen, die eine Kommune erfüllen muss, um für die Zukunft gut gestärkt zu sein. Der Zusammenhalt der Bewohner, die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Gemeinwesen, das Mitmachen bei kommunalen Angelegenheiten, die Mitwirkung, die die Stadt ihren Bewohnern anbietet oder sogar einfordert – das sind alles Kennzeichen eines bürgerschaftlichen Engagements, das wir vom Dorfwettbewerb her kennen und schätzen gelernt haben.

* StS. a. D. Dr. Hans-Hermann Bentrup, Vorsitzender des Kuratoriums des Bundeswettbewerbs „*Unsere Stadt blüht auf*“, Vorsitzender des Vorstandes der Agrarsozialen Gesellschaft e.V., Düsseldorf, E-Mail bentrup@t-online.de

Fotos: Entente Florale Deutschland



Kronach: Blick auf die Seebühne des Landesgartenschau Geländes mit historischem Stadtaufbau und der Festung Rosenberg

Aufbruchstimmung durch Teilnahme am Wettbewerb

Was für das Dorf gilt, gilt auch für die Stadt: Wem es gelingt, die Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen zu bewegen, der hat schon gewonnen! Auch wenn das Mitmachen im Dorf ganz anders aussieht und anders organisiert ist als in einer größeren Stadt. Im Wettbewerb gibt es in beiden Fällen viele Punkte dafür. Und wer im Bundeswettbewerb die besten Antworten auf die Herausforderungen für die Zukunft gefunden und dafür eine Goldmedaille gewonnen hat, der darf Deutschland im europäischen Wettbewerb „Entente Florale Europe“ vertreten: jedes Jahr ein Dorf und eine Stadt. In diesem Jahr sind es die Stadt Münster/Westf. und Gersbach bei Schopfheim im Südschwarzwald.

Am Bundeswettbewerb „Unsere Stadt blüht auf“ haben sich seit 2001 170 Städte beteiligt. Durch mehrmalige Beteiligung waren es insgesamt 206 Teilnehmer, die um Gold, Silber und Bronze gekämpft haben. Jede Stadt hat gewonnen, denn die Teilnahme löst ähnlich wie beim Dorfwettbewerb eine Aufbruchstimmung aus und aktiviert die Bürgerinnen und Bürger, die Vereine und Organisationen und natürlich die gewählten kommunalen Vertreter mit den Bürgermeisterinnen an der Spitze. Von den Teilnehmerstädten hatten

- 30 % zwischen 3 000 und 15 000 Einwohner,
- 45 % zwischen 15 000 und 50 000 Einwohner,
- 11 % zwischen 50 000 und 100 000 Einwohner und
- 14 % über 100 000 Einwohner.

Das ist eine erfreuliche Resonanz bei Städten, die für den ländlichen Raum eine große Bedeutung haben, d. h. kleine Städte, die, ländlich geprägt, durch die kommunale Neuordnung häufig in die Größenordnung von 10 bis 15 000 Einwohnern gewachsen sind. Andererseits sind Städte in der Größenordnung über 15 000 Einwohner immerhin groß genug, um für eine Region wichtige Funktionen der Daseinsvorsorge, häufig auch als Kreisstädte, vorzuhalten. 75 % der teilnehmenden Städte des Bundeswettbewerbs gehören dieser Kategorie an; sie übernehmen für die Zukunft des ländlichen Raumes und seine Attraktivität wichtige Aufgaben. Sie stiften Identität der Bürger und Bürgerinnen in und mit ihrer Region, sie prägen zugleich den ländlichen Raum, der – wie die Binnenwanderung zeigt – trotz demografischer Entwicklung häufig ein Bevölkerungswachstum aufweist – vor allem in der Nachbarschaft zu Ballungszonen.

Die großen Städte ab 50 000 Einwohner, die mit insgesamt 25 % am Bundeswettbewerb beteiligt sind, haben es regelmäßig schwerer, ihre Bürgerschaft für Mitmachaktionen zu gewinnen und dadurch eine stärkere Identifikation ihrer Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Dafür punkten sie eher mit der Vielfalt und Qualität der Angebote an die Bürgerschaft bei Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Das ist vielfach durch die Bewertungen der Städte belegt. Der Wettbewerb wird also sowohl den kleineren und mittleren als auch den Großstädten gerecht. Trotz unterschiedlicher Ausgangslage und -größe sind ihre Medaillenchancen gleich gut. Sie können gleichermaßen Lebensqualität bieten – eigentlich ganz beruhigend, wenn man die Diskussion um die Metropolregionen in Deutschland mit ihrer vermeintlich unwiderstehlichen Sogwirkung auf den ländlichen Raum verfolgt.

Übrigens: die Städte in den östlichen Bundesländern zeigen ein hohes Niveau ihrer Entwicklung. Sie nutzen ihr historisches Erbe in der Bausubstanz, aber auch neue Stadtentwicklungsprojekte. So sind im europäischen Wettbewerb „Entente Florale“ – also der Champions League der Stadt- und



Blumiger Empfang für die Jurymitglieder vor dem Rathaus: die fleißigen Zwerge aus den Gubener Kindertagesstätten

Dorfwettbewerbe – die brandenburgischen Städte Luckau mit Silber und Potsdam mit Gold belohnt worden; das sächsische Dorf Obercunnersdorf errang eine Goldmedaille. Das Gleiche gilt für die Teilnehmerzahlen in der Rangfolge nach Bundesländern seit 2001: Baden-Württemberg 30 Städte, Nordrhein-Westfalen 26, Hessen 22, Niedersachsen 17, Bayern 16, Thüringen 14, Sachsen 11, Brandenburg 10, Rheinland-Pfalz 8, Sachsen-Anhalt 7, Mecklenburg-Vorpommern 4, Schleswig-Holstein 3 und Saarland 2 Städte.

Im europäischen Vergleich – zwölf Länder der EU beteiligen sich bereits am Wettbewerb „*Entente Florale Europe*“ – liegen die deutschen Teilnehmer immer auf Medaillenkurs. Zwischen 2001 und 2006 sind die teilnehmenden Städte und Dörfer mit jeweils vier Gold- und zwei Silbermedaillen ausgezeichnet worden. 2006 erntete Kiel eine Gold- und Brokeloh in der Lüneburger Heide eine Silbermedaille.

Nachahmenswerte Beispiele

Der Bundeswettbewerb „*Unsere Stadt blüht auf*“ fördert eine Vielzahl von Beispielen zutage, die aus dem Engagement ihrer Bürger, der Wirtschaft, der Vereine und Organisationen entstanden sind und Zukunft für ihr Gemeinwesen bedeuten. Diese reichen von generationenübergreifenden Bildungsprojekten, behinderten- und altersgerechten Betätigungsmöglichkeiten, umweltschonenden Verkehrslösungen über Begrünungen und Renaturierungen durch bürgerschaftliches Engagement bis hin zu ehrenamtlich getragener Umweltbildung. Auch die Wirtschaft, allen voran der innerstädtische Handel und der Tourismus, bringen wichtige Beiträge ein, ohne dass sofort nach öffentlichen Geldern gerufen wird. Gerade das finanzielle Engagement von Wirtschaft und Einwohnerschaft ist in Zeiten knapper öffentlicher Kassen hilfreich und begrüßenswert – für jede teilnehmende Stadt eine echte *Win-win-Situation!* Jeder gewinnt!

Die Jury des Bundeswettbewerbs mit Fachleuten, die von den Trägern des Wettbewerbs, dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Städte- und Gemeinde-

bund, dem Deutschen Tourismusverband und dem Zentralverband Gartenbau, entsandt werden, bewertet die Städte, legt die Medaillenanwärter fest und schlägt die Kandidaten für Sonderpreise des Bundeslandwirtschafts- und des Bundesumweltministeriums sowie anderer Auslober von Preisen für beeindruckende Leistungen vor. Damit die hervorragenden Beispiele für lokal gefundene und umgesetzte Lösungen – soweit sie nachahmenswert und auch für andere Städte relevant sein können – nicht geheim bleiben, sondern tatsächlich Nachahmer finden, werden sie in die Datenbank der Agentur für Nachhaltigkeit/ Agenda-Transfer (www.gute-beispiele.net) eingestellt. ■

Die Ergebnisse des diesjährigen Bundeswettbewerbs sind:

Gold: Bad Pyrmont, Düsseldorf, Ladenburg, Lübbenau/Spreewald, Magdeburg, Mannheim, Ratingen, Wunsiedel

Silber: Amberg, Bad Sassendorf, Guben, Kronach, Neuenburg/Rhein, Saarbrücken, Wangen/Allgäu

Bronze: Burgkirchen a.d. Alz, Meerane, Philippsburg, Premnitz, Seelow, Vaterstetten

Vertreter Deutschlands im europäischen Wettbewerb 2008: Düsseldorf.

Landreform in Namibia: schwierige Startbedingungen für Neufarmer

Monika Lükschen*

Die Umverteilung des Landes war ein wichtiger Punkt des Regierungsprogramms, als Namibia im März 1990 unabhängig wurde. Seit etwa zwölf Jahren wird die Landreform umgesetzt und hat dazu geführt, dass etwa ein Sechstel des Farmlandes aus dem Besitz von Weißen umverteilt wurde.

Abwartende Haltung auf Seiten der weißen Farmer

„Die meisten hoffen, dass es irgendwie weitergeht. Im Augenblick sieht es ganz gut aus. Der Staat ist bereit, für die Farmen zu zahlen und bisher wurde gutes Geld gezahlt,“ – so oder ähnlich lauten die Antworten, wenn man weiße Farmer auf die Landreform anspricht. Von Panik ist nichts zu spüren unter Namibias weißen Farmern; eher könnte die Stimmung als distanziert-abwartend beschrieben werden – zumindest in jenem Kreis von Landwirten, die wir im Khomas Hochland, ca. 50 km westlich der Hauptstadt Windhoek trafen. Distanziert-abwartend vielleicht deshalb, weil der Prozess der Umverteilung des Landes nun schon lange und verhältnismäßig ruhig verläuft. Spektakuläre Willkürakte finden offenbar nicht statt, sollten Angst und Unsicherheit vorhanden sein, so werden sie nicht offen gezeigt. Trotzdem stehen über allen die Fragen, „Welche Farm steht als nächste auf der Liste? Wann kommt jener schicksalsschwere Brief, der einem keine Wahl lässt, der einen zwingt zu gehen?“ wie eine Farmerin sagte. Öffentlich in Frage gestellt wird die Landreform nicht, obwohl mangelnde Transparenz und die Vernachlässigung ökonomischer Aspekte kritisiert werden.

Mit der Landreform sollen die ungerechten Besitzverhältnisse beseitigt werden. Etwa 6 % der fast 2 Mio. Einwohner Namibias sind weiß und die weißen Landwirte haben die Möglichkeit, ihre Farm freiwillig an den Staat zu verkaufen. Der Staat kann die Farm aber auch gegen Entschädigung enteignen. Arne Freiherr von Kittlitz, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Windhoek, sagt hierzu: „Wenn deutsche Farmer zu uns kommen und sagen, Ihr müsst uns dagegen schützen, dann müssen wir sagen, wir haben dazu keine Handhabe. Auch das Investitionsschutzabkommen, das wir mit Namibia haben, ist dazu nicht geeignet. Es schließt nämlich Enteignung gegen Entschädigung nicht aus.“

Der Farmerverband weiß, dass viele Farmer – aus Altersgründen und auch angesichts der Tatsache, dass ihre Kinder oft andere Berufsziele haben – ihre Farm verkaufen würden, wenn sie einen angemessenen Preis erhalten würden. Es müsste soviel sein, dass sie davon ihren Ruhestand finanzieren könnten. Der Preis für 1 ha Land liegt bei 400 namibischen Dollar (etwa 40 €). Je nach Lage, Infrastruktur wie Gebäuden, Bohrlöchern für Wasser, den Kilometer langen Umzäunungen rund um die Farm und die Weiden können auch bis

zu 1 000 namibische Dollar/ha gezahlt werden. Diese Preisgestaltung ist ein Punkt, bei dem mehr Transparenz verlangt wird. Nach Angaben von Botschafter von Kittlitz soll sie nun dahingehend geändert werden, dass der Ertragswert zugrunde gelegt wird, der Bodenqualität und Wasser und damit die Tragfähigkeit für die Viehwirtschaft berücksichtigt. Was Farmen betrifft, für die Wild eine wichtige Grundlage der Einkommensquelle Jagdtourismus darstellt, seien solche Kriterien schwieriger festzulegen. Oryx, Zebras und Kudus seien unterschiedlich teuer und zudem Allgemeingut. Hier seien allseits akzeptable Berechnungsgrundlagen notwendig. Bis bei all diesen Dingen Klarheit besteht, scheuen sich Farmer, ihr Land dem Staat anzubieten, denn einen Rückzieher können sie später nicht mehr machen. Wegen der unsicheren Lage überlegen sich viele auch, ob sie überhaupt noch investieren sollen.

* Monika Lükschen, Journalistin, Köln, Fon & Fax (0221) 37 21 97, E-Mail M.Luepschen@ish.de

Viele gesellschaftliche Gruppen an Bodenreform beteiligt

Zu Beginn der Unabhängigkeit kamen Vertreter von Interessengruppen, politischen Organisationen sowie von der Regierungspartei SWAPO und den Oppositionsparteien, Vertreter des weißen Farmerverbandes sowie des Verbandes der schwarzen kommunalen Farmer, der allerdings erst 1992 gegründet wurde, zu einer ersten Konferenz zusammen, um ihre Auffassungen über die Landverteilung darzulegen. 1995 wurde ein Bodenreformgesetz bekannt gegeben, das sich ausschließlich auf die sog. kommerziellen Farmgebiete, die im Privatbesitz weißer Farmer befindlichen Flächen in der Mitte und im Süden Namibias, bezieht. Diesem Gesetz zufolge hat der Staat Vorkaufsrecht für Farmland, Ausländer können nur noch mit ausdrücklicher Genehmigung des Ministers kommerzielles Farmland kaufen. Damit auch benachteiligte Bürger des Landes Farmen erwerben können, wurde ein Programm geschaffen, mit dem diese Vorzugsdarlehen erhalten können. Inzwischen haben sich die Besitzverhältnisse verändert: „Von 6 000 Farmen“, sagt Raimar von Hase,

Präsident des Namibischen Farmerverbandes, „haben mittlerweile 1 400 den Eigentümer gewechselt. 200 Farmen hat der Staat erworben, 850 erwarben Neufarmer über die Vorzugskredite und andere wurden von wohlhabenden Leuten gekauft, beispielsweise aus Regierungskreisen. Farmen gelten als chic.“

2003 wurde die Landreform auch für die sog. kommunalen Gebiete eingeführt (33 Mio. ha sind kommunales, etwa 36 Mio. kommerzielles Farmland, daneben gibt es noch Nationalparks und Wüste), die überwiegend im Norden Namibias liegen und in denen der größte Teil der Bevölkerung lebt. Danach können Farmer zukünftig auch dort Land erwerben. Während der Kolonialzeit waren diese Gebiete zu Reservaten erklärt worden. Die Flächen, auf denen überwiegend Subsistenzlandwirtschaft betrieben wird, haben keinen privaten Eigentümer, sondern werden gemeinschaftlich genutzt. Wie sie verteilt werden bzw. wer sie in welcher Größe bewirtschaften darf, entscheiden die Stammeshäuptlinge der Großfamilien. Zzt. werden die neuen rechtlichen Änderungen umgesetzt, die Chiefs versuchen jedoch, ihre traditionelle Macht zu erhalten.

Training und Beratung für schwarze Neufarmer

Neu gegründete Landkommissionen, die sog. „Landboards“, entscheiden über die Landvergabe und die Nutzung. Es handelt sich um Gruppen von 10 bis 15 Personen aus verschiedenen staatlichen Institutionen, von Frauengruppen, Parteien und Kirchen. Auch die Stammesführer gehören zu diesem Kreis. Wie Christiane Kalle, Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), sagt, unterstützt die Bundesregierung diesen sehr schwierigen Neuerungsprozess mit Trainings- und Ausbildungsseminaren. Seit 2001 hat sie sich daran mit 8 Mio. € beteiligt. Aktive Hilfe leistet auch der Farmerverband über seine Mitglieder. Regelmäßig finden sog. Farmertage statt, zu denen weiße Farmer ihre neuen Kollegen einladen. Hier gibt es Vorträge und Beratung über die breite Palette der landwirtschaftlichen Anforderungen. Tierärztliche und technische Themen werden ebenso erörtert wie Verwaltungs- und Finanzfragen. Die meisten schwarzen Neufarmer haben weder eine landwirtschaftliche Ausbildung noch Erfahrungen oder Geld. Dies alles zusammen ist umso problematischer, als Landwirtschaft in einem so trockenen Land wie Namibia eine Menge spezialisiertes Fachwissen sowie Durchhaltevermögen erfordert, um erfolgreich zu sein. Neben lang anhaltenden Dürreperioden gibt es sehr wechselhaften Regen, karge Böden und niedrige Erträge, weshalb geschicktes Taktieren eine Existenzfrage ist. Nicht von ungefähr haben sich die kommerziellen weißen Farmer längst zusätzliche Einkommensquellen wie Jagdtourismus, Wildbeobachtung, Reiterferien etc. erschlossen, denn die Landwirtschaft allein bringt zu wenig ein.



Foto: T. Pickardt

Schwarze Kleinfarmer im kommunalen Gebiet im Norden Namibias

Vor diesem Hintergrund sind mangelnde Ausbildung und Erfahrung die denkbar schlechtesten Startbedingungen für die neuen Farmer. Nach Ansicht von Nora Schimming-Chase, erste Botschafterin Namibias in der Bundesrepublik Deutschland und nun Oppositionspolitikerin, ist es deshalb auch falsch, die Farmen in kleinere Stücke aufzuteilen. Sinn der Reform sei, möglichst vielen Familien Land zu geben, aber in Namibia brauche man nun einmal große Farmen, um rentabel wirtschaften zu können. Eine 5 000-ha-Farm auf 10 bis 12 Familien zu verteilen, könne nicht gut gehen. Die Farmen, so sagt sie und führt mehrere Beispiele auf, würden in kurzer Zeit „heruntergewirtschaftet“, alles Verwertbare werde verkauft, die zugeteilten kleinen Flächen würden verpachtet, um wenigstens etwas Geld in der Hand zu haben, und die Farmarbeiter würden vielfach arbeitslos.

Die Schwierigkeiten der neuen Farmer führen u. a. dazu, dass sie die Kredite nicht zurückzahlen können, die sie für den Start erhalten haben. Dies hat inzwischen solche Ausmaße angenommen, dass die Agribank als geldgebendes Institut selbst in Turbulenzen geraten ist. Für Nora Schimming-Chase ist bei der Landreform einiges „schief“ gelaufen: Bestens funktionierende Farmen seien die ersten gewesen, die gekauft worden seien. Nun würden sie aus den o. g. Gründen nicht mehr wirtschaftlich betrieben, Farmen gebe es „auf Halde“, weil keine Käufer bzw. kein Geld mehr da seien. Selbst aus Kreisen der Regierung komme Kritik, weil die Ziele nicht erreicht worden seien.

Es gibt jedoch auch erfolgreiche Neufarmer. Farmerpräsident Raimar von Hase verweist auf eine schwarze Farmerin, die vor acht Jahren eine Farm erworben habe. Mit praktischer Unterstützung ihrer weißen Nachbarn habe sie so gut gewirtschaftet, dass sie jetzt zur besten Neufarmerin des Jahres 2006 gekürt worden sei. Und sicher sei sie kein Einzelfall. In

diese Richtung will der Farmerverband weiterarbeiten. „Wir sind auch“, betont von Hase, „in engem Kontakt mit der Regierung, und zwar von Anfang an, wir unterbreiten Vorschläge, damit das Farmland produktiv genutzt wird. Man muss die politischen Erwartungen berücksichtigen, darf aber gleichzeitig die ökonomischen Konsequenzen nicht außer Acht lassen“.

Strategische Pläne für die weitere Umsetzung der Landreform bestehen für die Zeit bis 2010 bzw. 2020. Dass es bis dahin gelingt, 15 Mio. ha Land umzuverteilen, wie es vorgesehen ist, dürfte angesichts der Probleme kaum möglich sein. Entscheidend ist, dass sich die Landreform nicht nur sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig, sondern auch im rechtsstaatlichen Rahmen vollzieht. Und dazu hat sich die namibische Regierung immer bekannt. „Wir wollen hier keine zimbabwischen Verhältnisse“, betont Namibias Präsident Hifikepunye Pohamba, „Kein weißer Farmer wird seine Farm ohne Entschädigung verlassen.“



Neufarmer verfolgen Ausführungen während der Farmertage, die von weißen Farmern durchgeführt werden

Fotos: A. Engel

Der Caprivizipfel in Namibia – Wald, Wild und unberührte Natur

Monika Lüpschen*

Wald in Namibia! Wo gibt es den denn?“ fragen die meisten Namibia-Besucher erstaunt, wenn man über die Vegetation spricht und dabei erwähnt, dass auch Wald vorhanden ist. Zweifellos: Vorherrschend im Gedächtnis von Reisenden durch Namibia sind die typischen Sand- und Steinwüsten sowie die Savannen. Sie bedecken das Land über weite Teile. Namibia ist nach der Sahara das trockenste Land Afrikas. Und der größte Teil Namibias, das mit 824 268 km² zweieinhalb Mal so groß wie Deutschland ist, besteht aus Dornbusch- und Baum-Savanne.

Ein Fünftel der Fläche Namibias ist bewaldet

Vor allem im feuchteren Norden, entlang des Okavango und des Sambesi, gibt es richtige geschlossene Wälder, aber auch entlang der Trockenflussbetten in den trockeneren Regionen. Hier sind es offene Wälder. Zusammengerechnet ist ein Fünftel der Fläche Namibias bewaldet. Diese Gebiete sind dichter besiedelt als andere, da die Menschen dort bessere Lebensbedingungen finden. „Mindestens 60 % der ländlichen Bevölkerung nutzen den Wald in irgendeiner Weise. Jede der traditionellen Hütten besteht zur Hälfte aus Holz; auch das Gras, mit dem die Dächer gedeckt werden, kommt aus dem Wald. Jedes Essen wird auf einem Holz-

feuer gekocht. Medizin wird aus Blättern und Wurzeln hergestellt. Außerdem werden die Rinder und Ziegen in die Waldweiden getrieben“, erläutert Peter Ries, Deutscher Entwicklungsdienst (DED). Er koordiniert in Katima Mulilo, der Hautstadt des sog. Caprivizipfels, eines 450 km langen und ca. 50 km breiten Landstreifens im Nordosten Namibias, ein Forstprojekt des DED. Eine große Rolle spielen zudem das Wild, betont der Entwicklungshelfer. Weil aber die Futterquellen der Nutztiere oftmals identisch mit denen des Wildes seien, komme es zu Konflikten. In den letzten 10 bis 15 Jahren habe sich auch in den kommunalen Gebieten des Landes die Wildbewirtschaftung als nachhaltige Form der Landnutzung entwickelt. Dies ist zum einen ökonomisch

* Monika Lüpschen, Journalistin, Köln, Fon & Fax (0221) 37 21 97, E-Mail M.Luepschen@ish.de



Foto: T. Pickardt

Dorf im Caprivi

misch, weil Wild viel Geld einbringt – amerikanische Trophäenjäger zahlen z. B. für eine Antilope 20 000 US-Dollar – zum anderen ist es ökologisch, weil äsendes Wild gegen die weitere Verbuchung hilft. Diese ist nicht nur in den kommerziellen Gebieten der weißen Farmer ein großes Problem, sondern auch in den kommunalen Gebieten im Norden. Falsche Beweidung sowie vernachlässigtes Feuermanagement sind die Ursachen.

Wald nachhaltig zu bewirtschaften, ist nicht erst eine Forderung der Gegenwart. Schon früher haben die traditionellen Stammeshäuptlinge in Namibia über die Nutzung gewacht. Die Regeln wurden lange Zeit nur mündlich weitergegeben, erste schriftliche Vorgaben erließen die deutschen Kolonialisten, um den steigenden Bedarf an Nutzholz zu sichern. Südafrika übernahm diese Auflagen allerdings nur in abgeschwächter Form, als die ehemalige deutsche Kolonie Namibia nach dem Ersten Weltkrieg südafrikanisches Protektorat wurde. So wurde der vorhandene Waldreichtum weidlich genutzt.

Anlässlich einer Exkursion des Deutschen Forstvereins in Waldgebiete im Caprivi, die zum Einsatzgebiet des DED-Forstprojektes gehören, zeigten sich noch heute die Spuren der ungehemmten Waldnutzung unter der Ägide Südafrikas. „Hier sehen Sie wirklich keinen dicken Baum“, weist Andreas Mench, DED, während der Wanderung durch das Gelände in die weite Runde. „Die Stämme so begehrter Baumarten wie Kiaat, Sambesi-Teak, Rosewood, Mopane und anderer wurden über Jahrzehnte abtransportiert. Darunter leiden die Wälder heute noch.“ Denn bis nach der Unabhängigkeit Namibias 1990 hatte sich Südafrika noch der wertvollen Holzvorkommen bedient. Für 1 m³ gesägtes Sambesi-Teak werden 6 500 namibische Dollar oder 650 € – gezahlt. „Aufforstung in unserem Sinne hat hier keinen Zweck, weil die klimatischen Bedingungen zu unterschiedlich sind; auf Jahre mit ausreichendem Regen können Zeiten totaler Dürre folgen. Außerdem wachsen manche Baumarten extrem langsam“, sagt der Entwicklungshelfer.

Nachhaltige Waldnutzung dient Stabilisierung des Landes

Mit der Unabhängigkeit mussten eigene Forstverwaltungen aufgebaut werden, was nicht von heute auf morgen ging. Die jungen Namibier werden in landeseigenen Schulen und im Ausland ausgebildet, woran sich auch der DED bereits seit 1991 beteiligt.

1996 wurde ein forstlicher Strategieplan verabschiedet. Darin wurde der Schutz natürlicher Ökosysteme zur Erhaltung der Biodiversität, der Schutz von Wasser und Boden zur Steigerung der Agrarproduktion sowie die Unterstützung der nationalen Bemühungen zur Armutsminderung und Förderung gleicher Entwicklungsmöglichkeiten zugrunde gelegt. 2001 folgte dann das Grundsatzprogramm für forstliche Entwicklung. Es zielt auf die nachhaltige und partizipative Bewirtschaftung der Forstressourcen – „partizipativ“ bedeutet, dass forstliche Räte geschaffen und die Waldnutzungsrechte vom Staat auf die Gemeinden übertragen wurden –, um die sozioökonomische Entwicklung und die biologische Stabilität des Landes zu verbessern. Beispielsweise geht es darum, waldbauli-



Mopane-Brennholz wird zum Verkauf aufgeschichtet



Vorbereiten von Töpferware zum Brennen mit Kuhdung und Baumrinde

che Verfahren zu entwickeln, um höhere Erträge aus den Wäldern zu bekommen; auch sollen kleinere Unternehmen im Holzbereich zu Investitionen ermuntert werden.

DED-Forstprojekt auf Holzvermarktung ausgerichtet

In diesen großen Komplex bringt sich der DED mit dem Forstprojekt „CFNEN – Community Forestry in North-Eastern Namibia“ – ein. Die Mitarbeiter sind in sehr unterschiedlichen Gemeinden tätig. So gibt es eine mit 1 000 Bewohnern, die beispielsweise der Gruppe der San, der Buschmänner, angehört. Die Buschmänner sind Sammler und Jäger und leben auf einem Raum von 80 000 ha. In anderen Gemeinden leben 3 000 bis 4 000 Menschen auf einer Fläche von 18 000 ha. Jeder Stamm nutzt den Wald anders, „aber immer gilt“, so Andreas Mench, „Wege aufzuzeigen, wie man den Wald besser bewirtschaften kann. Unser Ziel ist, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, was der Wald, was jeder Baum wert ist. Erst, wenn die Menschen merken, dass sie mit dem Wald und seinen Produkten

Geld verdienen können, dass er ihnen Einkommen gibt, sind wir ein Stück vorwärts gekommen. Das ist eine große Herausforderung.“

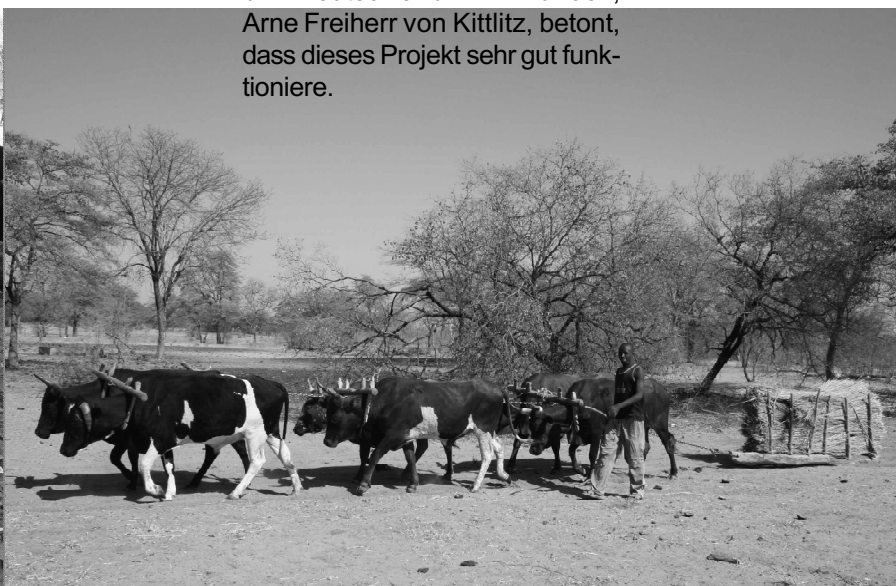
Die Aktivitäten des DED sind auf die Ausbildung, die tägliche Arbeit mit den Einheimischen im Wald, die Beratung und die Vermarktung ausgerichtet. Verkauft werden gesähtes Holz, Feuerholz, Gras, medizinische Pflanzen und Wurzeln wie beispielsweise Teufelskralle. Danach sei die Nachfrage sehr gut, vor allem auf internationalen Märkten, hat Mench erfahren. In zwei Gemeinden sei im vergangenen Jahr so viel Teufelskralle gesammelt worden – selbstverständlich unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit –, dass 40 000 namibische Dollar erzielt worden seien. Auch die Nachfrage nach Brennholz ist groß. Ein Bündel Brennholz, vermarktungsgerecht gepackt, kostet im Dorf 2, in Katima Mulilo 5, in Windhoek 13 und in Südafrika 15 namibische Dollar. Ein generelles Problem ist die Entfernung, denn die Wege vom Caprivi aus sind weit – nach Windhoek z. B. 1 300 km –, und so rechnet sich manches nicht. Fänden sich private Firmen mit entsprechenden Kapazitäten,

könnten sich eher Geschäfte entwickeln. Darum will man sich nun bemühen. Bei dem Brennholz handelt es sich um totes Holz – je mehr aus dem Wald gesammelt wird, desto geringer ist die Waldbrandgefahr. Waldbrände sind fast allgegenwärtig. Als effektive Gegenmaßnahme hat sich das frühzeitige Abbrennen des noch grünen Grases erwiesen. Damit wird gleichzeitig auch verhindert, dass der nachwachsende junge Wald geschädigt wird. 20 000 ha wurden im vergangenen Jahr auf diese Weise geschützt. Viele Gemeinden wollen inzwischen an diesem „controlled burning“ teilnehmen. 2007 wurde die Fläche auf 80 000 ha erweitert.

Auch dieses Feuermanagement gehört zu den Themen der Seminare des DED. Es hat sich herumgesprochen, dass diese Aufbauarbeit positive Ergebnisse bringt und so sind die Seminare, die per Radio angekündigt werden, weil die Leute so weit auseinander wohnen, mit bis zu 100 Teilnehmern gut besucht. Bei allen Aktivitäten sind die Mitarbeiter der einheimischen Behörden stets eingebunden, es wird eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Windhoek, Arne Freiherr von Kittlitz, betont, dass dieses Projekt sehr gut funktioniert.



Anfertigen eines traditionellen Kanus, herausgehauen aus einem einzelnen Stamm



Transport von Forstprodukten wie z. B. Gras zum Dachdecken mit traditionellem Ochschlitten

Obst und Gemüseanbau für gesunde Ernährung

Im Gelände hinter dem Büro des DED in Katima Mulilo haben die Entwicklungshelfer ein kleines Gartencenter eingerichtet, in dem Obstbäume und Gemüse gezogen und für ein paar Cent oder kostenlos abgegeben werden. Bis vor kurzem waren Obst und Gemüse im Caprivi kaum bekannt. Angebaut werden hier hauptsächlich Mais und Hirse. Davon ernähren sich die Menschen, dazu Fisch aus dem Fluss und etwas Fleisch, wenn sie sich das leisten können. Kartoffeln, Maniok, Möhren, Tomaten, Papaya, Zitrusfrüchte, Feigen und Mangos gedeihen in der Nähe des Sambesi gut und werden propagiert. „Hier“, sagt Andreas Mench bei dem Besuch eines AIDS-Waisenhauses in der Nähe der Stadt, „wächst alles sehr gut. Die Kinder bekommen ein nährstoffreicheres Essen, nicht mehr nur Hirsebrei“. Die Entwicklungshelfer stellen nicht nur die Pflanzen und Bäume zur Verfügung, sondern schulen die Menschen auch darin, wie man sie pflegt, Kompost ansetzt und ihn verarbeitet.

Marktplatz Katima Mulilo

Auch diese „neuen“ Produkte sind ein Weg zum besseren Einkommen für die ländliche Bevölkerung, denn ein Teil kann auf dem Markt in Katima Mulilo verkauft werden. Dieser wird zunehmend ein Anziehungspunkt, seit Lux-Development, die luxemburgische Entwicklungsagentur, auf dem zuvor wenig gepflegten, unhygienischen Marktplatz mit einem alten Gebäude eine feste Halle bauen ließ. Um einen großen offenen Innenhof gruppieren sich einzelne, teils überdachte, teils offene Stände. „20 Mio. namibische Dollar oder 2 Mio. € hat der Komplex gekostet. 70 % davon trägt Luxemburg inklusive der Fortbildungsseminare für Verwaltung und Management, weil die Anlage später in eigene heimische Regie übergehen soll“, sagt Erich Feierabend, der das luxemburgische Entwicklungsprojekt leitet. Manchmal seien bis zu 400 Verkäufer am Markt und am Wochenende kämen oft Tausende zum Einkaufen, auch aus dem benachbarten Sambia und Botswana. 75 namibische Dollar – umgerechnet 7,50 € – kostet ein Stand, geschützt und gesichert. Früher mussten die Waren täglich hin- und hertransportiert werden.

Farmergruppen bzw. Kooperativen sollen angesprochen werden, um ein kontinuierliches Angebot präsentieren zu können. Damit gilt es sich auch von den Supermärkten abzugrenzen, die ausschließlich importierte Ware aus Südafrika verkaufen. Bis es soweit ist, wird es aber noch großer Anstrengungen bedürfen.

Mit einem üblichen afrikanischen Markt, wie man ihn etwa im Ovamboland sieht – für Touristenaugen eher exotisch, weil wild und archaisch – hat dieser Markt nichts mehr gemeinsam. Er ist geordnet und sauber, es gibt zahlreiche kleine Kochstellen für einen schnellen Imbiss, ein Restaurant ist geplant und Kochkurse werden abgehalten, um gute Speisen anbieten zu können. In einem weiteren Trakt werden gerade kleine Geschäfte für diverse Branchen eingerichtet.



Waisenkinder zeigen Ernteprodukte aus ihrem Garten



An einem Imbissstand werden einheimische Speisen zubereitet

Große Räume hat man für Kunsthandwerkliches geschaffen. „Wir wollen den namibischen Künstlern, den Webern, den Töpfern, den Schnitzern und den Bildhauern ein Forum schaffen, in dem sie ihre Erzeugnisse ausstellen können. Das meiste, was in dieser Kategorie auf dem Markt ist, stammt nämlich aus Südafrika und wird leider für namibische Ware gehalten“, erläutert Erich Feierabend das Engagement. Hier kauft der Kunde die registrierten, mit dem Namen des Künstlers versehenen, sorgfältig gestalteten Produkte zum Festpreis. Geplant sind Kurse für gutes und typisches Design sowie neue Techniken.

Das Art-Craft-Center, ein neu angelegter Park, ein im Bau befindliches Einkaufszentrum und ein geplantes Fünf-Sterne-Hotel direkt am Sambesi gelegen – mit diesen strukturellen Verbesserungen soll der bisher eher willkürlich entstandene, gesichtslose Ort für Touristen attraktiver werden und sie zum Innehalten bewegen. Gegenwärtig fahren die meisten Besucher direkt weiter zu den Victoria-Fällen und in die Wildparks der Region sowie diejenigen in Sambia und Botswana.

„Wir hatten eine harte Zeit durch den Krieg in Angola und die Unruhen um den Rebellenführer Savimbi. Als 1999 eine französische Familie entführt und getötet wurde, war es mit dem Tourismus für Jahre vorbei.“ Nur mühsam haben Keith und Mary Rooker-Smith ihre „Caprivi River Lodge“, eine dicht am Fluss gelegene, malerische Bungalow-Anlage, aufrechterhalten können, so wie andere Lodge-Eigentümer auch. Nicht allen ist es gelungen, denn nur langsam geht es mit dem Tourismus aufwärts. Bisher kommen nur 7 % aller Touristen Namibias in den etwas abgelegenen Caprivizipfel, denn die staatliche namibische Touristenorganisation fördert vornehmlich bekannte Ziele wie Lüderitz, Swakopmund und den Etosha Nationalpark, in dessen Mittelpunkt die Etoshapfanne, ein 129 km langer Salzsee, liegt.

Eine Initiative soll die Situation nun verbessern helfen. Im November 2006 wurde „KAZA“ unterzeichnet, ein Vertrag über eine grenzübergreifende touristische Zone und die Öffnung mehrerer Nationalparks zwischen Namibia und den umliegenden Ländern Sambia, Angola, Zimbabwe und Botswana. Ausschlaggebend hierfür war auch, dass die Wildbestände innerhalb der Nationalparks, insbesondere die Elefantenpopulationen, beängstigend angewachsen sind und man die Tiere nicht abschießen will. 140 000 Tiere leben hier, mehr als sonst irgendwo, und immer wieder kommt es zu Konflikten mit der Bevölkerung, weil die Elefanten Felder verwüsten. Mit den neuen grenzenlosen Parks soll die Situation entspannt und gleichzeitig eine neue Chance für den Tourismus geschaffen werden.

Keith und seine Kollegen wissen um die Schönheit dieser fast unberührten Landschaft, die durch die natürliche Abgeschiedenheit erhalten ist. Und sie wissen um dieses fragile Ökosystem. Deshalb haben sie sich zusammen mit Naturschutzorganisationen für einen behutsamen, nachhaltigen Tourismus entschieden. „Massen wollen wir hier nicht haben, sondern Menschen, die mit offenen Sinnen diese einzigartige Natur erleben wollen.“



Marktstand in dem neuen Gebäude auf dem Marktplatz von Katima Mulilo

Günther Schartz verstorben

Nach schwerer Krankheit verchied der frühere Präsident der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz sowie des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau (BWV), Ökonomierat Günther Schartz, am 1. Juli 2007 im Alter von 77 Jahren.

Schartz wurde als Kind einer Bauernfamilie geboren, lernte den Beruf des Landwirts und baute den elterlichen Betrieb, der heute von seinem Sohn und dessen Familie bewirtschaftet wird, zum Vollerwerbsbetrieb aus. Von 1971 bis 1976 setzte er sich zunächst im

rheinland-pfälzischen Landtag und von 1976 bis 1994 als direkt gewähltes Mitglied im Deutschen Bundestag für den bäuerlichen Berufsstand ein. In der CDU/CSU-Bundestagfraktion war er weinbaupolitischer- und agrarpolitischer Sprecher. Die Einbeziehung der bäuerlichen Witwen und Waisen in die gesetzliche Sozialversicherung wird als sein Verdienst angesehen. Fast 40 Jahre lang engagierte sich Schartz für die Landwirtschaftskammer, deren Präsident er von 1987 bis 2005 war, und parallel für den BWV, dessen Präsident er von 1976 bis

2000 war. Für sein außerordentliches Engagement wurden Schartz zahlreiche Ehrungen, wie die Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz und die Ernennung zum Ökonomierat zuteil.

Günther Schartz war der ASG, in deren Kuratorium er von 1991 bis 2003 mit hohem Sachverstand mitgearbeitet hat, eng verbunden. Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. wird den Verstorbenen als engagierten und herausragenden Vertreter der Landwirte und Winzer in Erinnerung behalten.

Brigitte Scherb neue Präsidentin des dlV

Am 28. Juni 2007 hat die Mitgliederversammlung des Deutschen LandFrauenverbandes (dlV) in Bamberg turnusgemäß ein neues Präsidium gewählt. Neue Präsidentin ist Brigitte Scherb, Vorsitzende des LandFrauenverbandes Niedersachsen-Hannover (NLV). Die 53-Jährige tritt die Nachfolge von Erika Lenz an, die nach achtjähriger Amtszeit nicht mehr für eine Wiederwahl zur Verfügung stand. Sie wurde während des LandFrauentages für ihr langjähriges Engagement durch den Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Gerd Müller, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, mit der Professor-Niklas-Medaille in Silber geehrt.

Brigitte Scherb bewirtschaftet gemeinsam mit ihrem Mann einen landwirtschaftlichen Betrieb im Landkreis Goslar und ist als Geschäftsführerin des Gewässerunterhaltungsverbandes Oberste In-

nerste tätig. Als Präsidentin des dlV möchte sie sich vor allem für eine mitgliederorientierte Weiterbildung, eine engagierte Interessenvertretung und eine effiziente Öffentlichkeitsarbeit einsetzen. Wichtig ist ihr darüber hinaus, das Wir-Gefühl der Landfrauen auf allen Ebenen zu stärken.

Zur ersten Vizepräsidentin wurde Hannelore Wörz, Präsidentin des LandFrauenverbandes Württemberg-Baden, gewählt. Jutta Quoos, Vorsitzende des LandFrauenverbandes Brandenburg, wurde als zweite Vizepräsidentin wiedergewählt. Beisitzerinnen sind zukünftig Marianne Anselm, Vorsitzende des LandFrauenverbandes Südbaden, Annemarie Biechl, MdL und Landesbäuerin im Bayerischen Bauernverband, Margret Vosseler, Landesvorsitzende der Rheinischen LandFrauenvereinigung, und Silvia Zöller, Vorsitzende im LandFrauenverband Rheinhessen.

Dr. Evelyn Schmidtke neue Hauptgeschäftsführerin

Am 1. August 2007 hat Dr. Evelyn Schmidtke (41) die Hauptgeschäftsführung des Deutschen LandFrauenverbandes (dlV) übernommen. Ihre Vorgängerin Heike Troue hat den Verband nach sieben Jahren, in denen sie u. a. für die Etablierung der LandFrauen-Geschäftsstelle nach deren Umzug von Bonn nach Berlin verantwortlich war, Ende Juli 2007 verlassen, um Geschäftsführerin des Vereins „Deutschland sicher im Netz“ zu werden.

Die ASG gratuliert Brigitte Scherb und Evelyn Schmidtke zu ihren neuen Positionen, wünscht ihnen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben viel Erfolg und freut sich auf eine weitere intensive Zusammenarbeit zum Wohl der Menschen in den ländlichen Räumen.

Hans-Thomas Sönnichsen tritt in Ruhestand, Volker Bruns übernimmt Geschäftsführung der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern

Der langjährige Geschäftsführer der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern, Hans-Thomas Sönnichsen, ist in den Ruhestand getreten. Der Diplomingenieur (FH) war am 1. Oktober 1991 von der Schleswig-Holsteinischen Landgesellschaft, deren Außenstelle Lübeck er mehrere Jahre geleitet hatte, nach Mecklenburg-Vorpommern gewechselt, wo er gemeinsam mit Dr. Thomas Pitschmann die Geschäftsführung der dortigen Landgesellschaft übernahm. Seit 1994 gehörte Sönnichsen dem Vorstand des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) an, in den letzten vier Jahren als stellvertretender Vorsitzender.

Landwirtschaftsminister Till Backhaus würdigte Sönnichsen in seiner Laudatio als jemanden, der seine Tätigkeit nicht schmalspurig und im stillen Kämmerlein wahrgenommen habe, sondern es verstand, Lösungen für Probleme zu finden und auf allen Ebenen Mitstreiter für seine Anliegen zu gewinnen. Dr. Willi Boß, BLG-Vorsitzender, bescheinigte Sönnichsen ein herausragendes Engagement auf allen Aufgabenfeldern der ländlichen Entwicklung, insbesondere des Flächenmanagements.

Die Tätigkeiten des ausscheidenden Geschäftsführers hat Volker Bruns, der bereits ebenfalls als Geschäftsführer der Landgesellschaft tätig ist, seit 1. August 2007 übernommen.

Die Agrarsoziale Gesellschaft e.V. wünscht Hans-Thomas Sönnichsen einen abwechslungsreichen Ruhestand sowie weiterhin eine rege Beteiligung an den ASG-Aktivitäten. Volker Bruns wünscht sie viel Erfolg bei seinen neuen Aufgaben und freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit.



Dr. Marcus Dahmen wird Vorstandssprecher bei Rentenbank

Der Verwaltungsrat der Landwirtschaftlichen Rentenbank hat Dr. Marcus Dahmen, zzt. Leiter Öffentlicher Sektor Deutschland und Mitglied der Geschäftsleitung Firmenkunden Deutschland der Deutschen Bank AG, zum zukünftigen Sprecher der Rentenbank bestellt. Der 42-jährige Dahmen wird diese Position spätestens zum 1.1.2008 antreten und dann den amtierenden Vorstandssprecher Dr. Uwe Zimpelmann (64) ersetzen. Zimpelmann geht auf eigenen Wunsch Ende 2007 in Ruhestand.

Nach Abschluss seines volkswirtschaftlichen Studiums und der Promotion an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg i.Br. begann Dahmen 1993 seine berufliche Laufbahn bei der Deutschen Bank, zunächst in der Kreditanalyse und der Firmenkundenbetreuung. Nach einer Station in London eignete er sich als Mitglied der Geschäftsleitung Düsseldorf umfassende Erfahrungen im Kreditgeschäft mit mittelständischen Unternehmen an. In seiner jetzigen Position ist er verantwortlich für Geschäfte mit Bundesländern, Kommunen und deren Unternehmen, Sparkassen und Volksbanken.

Nach dem Ausscheiden des amtierenden Vorstandssprechers wird sich der Vorstand der Förderbank für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum aus Dr. Marcus Dahmen (Sprecher), Diplomkaufmann Hans Bernhardt, Hans Jürgen Ploog und Dr. Horst Reinhardt zusammensetzen.

Die ASG gratuliert Dr. Dahmen zu seiner neuen Positionen, wünscht ihm viel Erfolg und freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit.



Der Wegweiser zu nationalen Institutionen ...

... der Ernährungswirtschaft und Landwirtschaft



54. Ausgabe

„Behörden und Organisationen“ ist ein jährlich aktualisierter Wegweiser zu ca. 6.000 nationalen Behörden, Verbänden und Organisationen. Es versorgt Fachleute mit umfassendem Adressmaterial der Ernährungswirtschaft und Landwirtschaft.

**Behörden und Organisationen
Ernährungswirtschaft und Landwirtschaft**

54. Ausgabe 2007/2008, DIN A5, BR, 580 Seiten

ISBN 978-3-89947-393-3

mit Behr's NewsService

bei Abnahme von mindestens zwei Neuauflagen

ohne Behr's NewsService

€ 99,50 zzgl. MwSt.

€ 129,50 zzgl. MwSt.

Die Einträge umfassen Adresse, Telefon- und Fax-Nummern, E-Mail-Adressen, Homepages und die relevanten Ansprechpartner. Die Suche wird vereinfacht durch ein ausführliches Sachwortverzeichnis und ein Personenverzeichnis mit ca. 10.900 Ansprechpartnern.



Unsere aktuellen Angebote bestellen Sie per

Telefon: 040 - 227 008-0 Telefax: 040 - 220 10 91

E-Mail: info@behrs.de Internet: www.behrs.de

BEHR'S... bringt die Praxis auf den Punkt.

B. Behr's Verlag GmbH & Co. KG • Averhoffstraße 10 • D-22085 Hamburg

Tel.: (0 40) 227 00 80 • Fax: (0 40) 220 10 91 • E-Mail: info@behrs.de • Homepage: http://www.behrs.de

Wer kauft Bio?

Zielgruppenspezifische Motive für den Kauf von Biolebensmitteln

Die Arbeit nähert sich der zentralen Aufgabe des Marketings für den Bereich der ökologischen Land- und Ernährungswirtschaft. Mit der Absicht, zielgruppenspezifische Marketingstrategien zu entwickeln, wurden die verschiedenen Konsumenten/-innentypen untersucht, die ökologischen Produkten und Dienstleistungen ein besonders großes Interesse entgegenbringen. Im Blickfeld standen sowohl Kunden/-innen, die bereits Bioprodukte kaufen, als auch diejenigen, die über keine diesbezüglichen Kauf Erfahrungen verfügen. In die Analyse flossen zudem Erkenntnisse der Lebensstil- und Konsumenten/-innenverhaltensforschung ein.

Da es für Marketingentscheidungen nicht nur wichtig ist, potenzielle Zielgruppen zu identifizieren, sondern auch die Kunden/-innentypen zu erkennen, die bereits erreicht worden sind, wurde mit der sog. Kundencharakteristik eine Innovation am Point of Sale zur Anwendung gebracht. Dieses Instrument arbeitet mit der Selbstwahrnehmung der Probanden/-innen und erlaubt es so, Kunden/-innen treffender zu analysieren, als es auf Grundlage soziodemografischer Daten möglich ist. Deutlich wurde, dass es erhebliche Differenzen zwischen den Untersuchungstypen im Hinblick auf die Gewichtung einzelner Aspekte wie Gesundheit, Geschmack, Regionalität oder Preis gibt.

Insbesondere mit den Empfehlungen zur Gestaltung zielgruppenspezifischer und zielgruppenübergreifender Marketingstrategien richtet sich die Dissertation von Elke Baranek nicht nur an die Marketingforschung, sondern in gleichem Maße an Akteure der Marketingpraxis in den unterschiedlichen Sektoren und Branchen des Öko-Agribusiness.

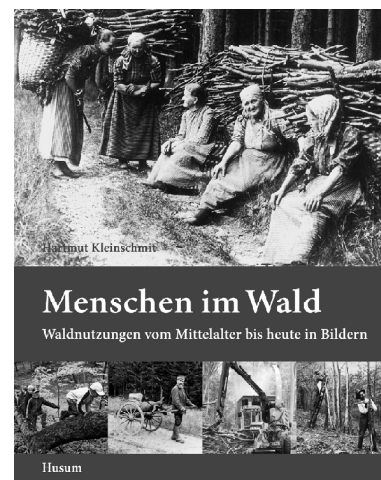
Elke Baranek: Wer kauft Bio? Verlag Dr. Köster Berlin 2007, 360 S., zahlreiche, meist farbige Abbildungen, Preis: 29,80 €, Bestellung beim Verlag [BZ 638-3] unter Fon (030) 76 40 32 24, E-Mail verlag-koester@t-online.de



Menschen im Wald

Der Wald ist ein Symbol für Natur und Leben, ein Schauplatz für Märchen und Legenden, aber auch, ganz rational betrachtet, ein Ort, der seit Jahrhunderten das wirtschaftliche Überleben der Menschen sichert. Hartmut Kleinschmit entwirft in seinem Bildband ein generationenübergreifendes Leitbild zur forstlichen Nachhaltigkeit, indem er die existenzielle Verbundenheit von Mensch und Wald veranschaulicht. In fünf Epochen wird die Entwicklung und Nutzung des Waldes als Lebens- und Arbeitsraum dargestellt, wobei der handelnde Mensch stets im Fokus jener Bilder bleibt, die hier zahlreich aus Archiven und privaten Beständen

zusammengetragen wurden. In dieser anschaulichen Dokumentation der Arbeiten im Wald und der gesellschaftlichen Umstände vom späten Mittelalter bis in die Gegenwart zeigt sich nicht nur ein Wandel der menschlichen Beziehung zum Wald, ebenso werden die Veränderungen des Waldes im Laufe der Jahrhunderte sichtbar. Was das Bildmaterial besonders auszeichnet, ist die einprägsame Darstellung des grundlegenden Zusammenhangs zwischen Lebensqualität und nachhaltiger Forstwirtschaft, der bis heute an Bedeutung noch gewonnen haben dürfte. Ein schöner Bildband zum Schmökern – nicht nur für Waldbegeisterte.



Hartmut Kleinschmit: Menschen im Wald, Waldnutzung vom Mittelalter bis heute in Bildern. Herausgegeben von den Niedersächsischen Landesforsten, Husum Verlag 2007, 208 S., zahlreiche, teils farbige Abbildungen, ISBN 978-3-89876-322-6, 19,95 €.

Naturkalender 2008

Marjolein Bastin: Naturkalender 2008: Landwirtschaftsverlag GmbH 2007, 128 Seiten, 58 farbige Illustrationen, Spiralbindung, 9,95 €. ISBN: 978-3-7843-3440-0. Zu bestellen bei: Landwirtschaftsverlag GmbH, Hülsebrockstr. 2, 48084 Münster, Fon (02501) 801 114, E-Mail buch@lv-h.de



Marjolein Bastin hat ihren Naturkalender, der zum 20. Mal erscheint, wieder mit farbigen Naturzeichnungen und -beobachtungen angefüllt. Das ganze Jahr hindurch erklärt sie auf eine besondere, ganz persönliche Weise die wechselnden Naturereignisse. Der Kalender soll dabei nicht belehrend wie ein Naturführer sein – die Autorin möchte ihren Lesern die Natur anhand persönlicher Erlebnisse berührend und kraftvoll begreifbar machen.

Der Kalender bietet neben ausreichendem Platz für Termine und Daten auch Möglichkeiten für Notizen und ein Verzeichnis für wichtige Adressen – ebenfalls eingerahmt von den naturgetreuen Illustrationen Marjolein Bastins. **fa**

www.unternehmen-fuer-die-region.de

The screenshot shows the website interface. At the top, there are navigation links: 'Kontakt', 'Sitemap', 'Erweiterte Suche', and a search box labeled 'Suchbegriff'. The main header reads 'Unternehmen für die Region'. Below this is a sidebar with a menu: 'Worum geht es?', 'Landkarte des Engagements', 'Botschafter', 'Experten', 'Ich mache mit', 'Material zur Aktion', and 'Service'. The main content area features an article titled 'Unternehmerisch handeln heißt verantwortlich handeln' with a sub-headline 'Wir machen mit!'. The article includes a photo of three men in a meeting and text about the 'UNTERNEHMEN FÜR DIE REGION' initiative. To the right, there is a 'Partner' section for 'BertelsmannStiftung', an 'Aktuelles' section with two news items dated 04.07.07 and 18.06.07, and a 'Botschafter der Woche' section featuring a photo of Ralf Zastra and a quote.

Anfang 2007 rief die Bertelsmann Stiftung das Projekt „Unternehmen für die Region“ ins Leben. Ziel des Projektes ist, das gesellschaftspolitische Engagement mittelständischer Unterneh-

men verstärkt zu würdigen und in seiner Bedeutung für regionale Prozesse darzustellen. Auf einer „Landkarte des Engagements“ werden die jeweiligen Unternehmen geographisch zugeordnet,

so dass jeder Nutzer die Möglichkeit hat, engagierte Unternehmen in der eigenen Region zu finden. Auch in ländlichen Räumen sind interessante Projekte zu finden, beispielsweise die Unterstützung der Ausbildungsplatzsuche von benachteiligten Jugendlichen durch ein Unternehmen im Odenwald oder der Aufbau eines bilingualen Ganztagskindergartens mit langen Öffnungszeiten im Ruppiner Land. Stellungnahmen von Experten regen dazu an, über Fragen der unternehmerischen Verantwortung nachzudenken.

Mit dem Internetportal sollen Unternehmen zur Nachahmung aufgefordert werden. Geplant ist auch, ein Handbuch mit kreativen und interessanten Projekten zu veröffentlichen. Online kann sich hierfür jedes Unternehmen bewerben, das sein Engagement in einem gemeinnützigen Projekt nachweisen kann. **cb**

Zitate - Folge 78 - Zitate - Folge 78

„Wohlhabenden sollte man einen höheren Beitrag für den Klimaschutz abverlangen als Armen. Während eine einheitliche Energiesteuer neue Ungleichheiten hervorruft, würde dieser Effekt mit einer progressiven Steuer zumindest gemildert. Aber darüber müssen wir intensiv nachdenken. Der Horizont solcher Möglichkeiten öffnet sich erst.“

- Prof. Dr. Ulrich Beck, Soziologe an der Universität München und der London School of Economics and Political Science -

„Gelänge es zum Beispiel, fünf Prozent aller Autofahrten in der Stadt künftig auf Busse und Bahnen sowie 30 Prozent aller Autofahrten, die kürzer als fünf Kilometer sind, auf das Fahrrad zu verlagern, ließen sich jährlich drei Millionen Tonnen CO₂-Emissionen einsparen.“

- Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes, Dessau -

„Auch im Föderalismus gibt es eine gesamtstaatliche Verantwortung. Wir brauchen nicht nur gute Schulen in 16 Bundesländern. Wir brauchen Mobilität ohne Barrieren. Wir brauchen mehr Gemeinsamkeiten für ein leistungsfähiges Bildungssystem.“

- Annette Schavan, Bundesbildungsministerin -

„Das heutige Gesundheitssystem wird bald nicht mehr finanzierbar sein. Mehr als eine Basisversorgung wird nicht mehr drin sein. Ich gehe davon aus, dass jeder Einzelne darüber hinaus mehr Verantwortung übernehmen muss.“

- Gerard Kleisterlee, Philips-Chef -

„Im langjährigen Vergleich nimmt die Zahl der Straftaten immer mehr ab. Die Vergreisung der Republik fördert die innere Sicherheit.“

- Christian Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen -

Zitate - Folge 78 - Zitate - Folge 78

IMPRESSUM

ISSN 0179-7603

Herausgeber Agrarsoziale Gesellschaft e.V.
Postfach 11 44 / 11 45, 37001 Göttingen

Geschäftsführer
Dr. Dieter Czech

Redaktion
Dipl.-Ing. agr. Ines Fahning
(0551) 49 709 - 26
ines.fahning@asg-goe.de

Layout: Elisabeth Wegerle, Webdesignerin
(0551) 49 709 - 32
elisabeth.wegerle@asg-goe.de

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors/der Autorin wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Erscheinungsweise sechsmal im Jahr

Druck Konrad Pachnicke
Güterbahnhofstraße 9
37073 Göttingen

Papier 100 % Recycling-Papier

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise)
Nur mit Quellenangabe (Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Ländlicher Raum, ggf. Autor) erlaubt; Belegexemplar erbeten.

Bestellungen und Abonentenservice
Fon (0551) 49 709 - 0
Fax (0551) 49 709 - 16
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Die Online-Ausgaben sind jeweils zehn Monate nach Drucklegung auf der ASG-Website als pdf-Datei verfügbar.

Preise Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländlicher Raum“ beträgt 36 € inkl. Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag (72 €, Studenten 36 €) enthalten.

Konto Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:
Sparkasse Göttingen
Konto-Nr. 1 087 006
BLZ 260 500 01

Die Herausgabe von „Ländlicher Raum“ erfolgt mit Förderung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und



ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für ökologische Landwirtschaft

Schwerpunkt in Heft 143

Ernährung mit Bio-Produkten

- Besserer Landbau – bessere Lebensmittel?
- Klimafreundlich essen
- Bio in der Großküche
- Slow Food mit Bio-Label

Themen in Heft 143

aus Forschung, Praxis und Beratung

- Salmonellen bekämpfen
- Risiken der Nanotechnologie
- Bio-Landbau für den Klimaschutz
- Förderpreis Naturschutzhöfe

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL)
 Erscheinungsweise: vier Ausgaben pro Jahr |
 Einzelhefte: 9,90 EUR (zzgl. Porto) |
 Abo (zzg. Versandkosten) : Privatbezieher 25,- EUR |
 Firmen/Organisationen 39,- EUR | ermäßigt 18,- EUR

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo*
 (zwei Ausgaben für neu 6,95 Euro) bei:
 oekolandbau@oekom.de oder oekom verlag |
 Waltherstraße 29 | D-80337 München |
 Fax +49 / 89 / 54 41 84-49 | www.oekom.de

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Schwerpunkt
 Ernährung mit Bio-Produkten

- Themen
- Hygiene-Verordnung Salmonellen jetzt pakulieren
 - Risiken der Nanotechnologie
 - Bio-Landbau für den Klimaschutz
 - Förderpreis Naturschutzhöfe



Ländliche Räume zwischen Lissabon-Strategie und Metropolregionen

ASG-Herbsttagung 2006:
 Vorträge und Diskussionen



Mit Beiträgen von:

Rolf Gansauer/Constanze Krehl,
 Wolfgang Reimer,
 PD Dr. Uta von Winterfeld,
 Dr. Karl-Peter Schön,
 Univ.-Prof. Dr. Ulf Hahne,
 Dr. Tjeerd de Groot,
 Dr. Wolfgang Weiss,
 Michael Glatthaar,
 Oberkirchenrat Dr. Thorsten Latzel,
 Patrick Sheridan,
 Johannes Hufnagel
 und Frank Schumann

Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (Hrsg.): Ländliche Räume zwischen Lissabon-Strategie und Metropolregionen. Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 147, 160 Seiten, Preis: 10,50 € (ASG-Mitglieder 8,50 €), ISSN: 0800-7133

* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens 10 Tage nach Erhalt des zweiten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abo.